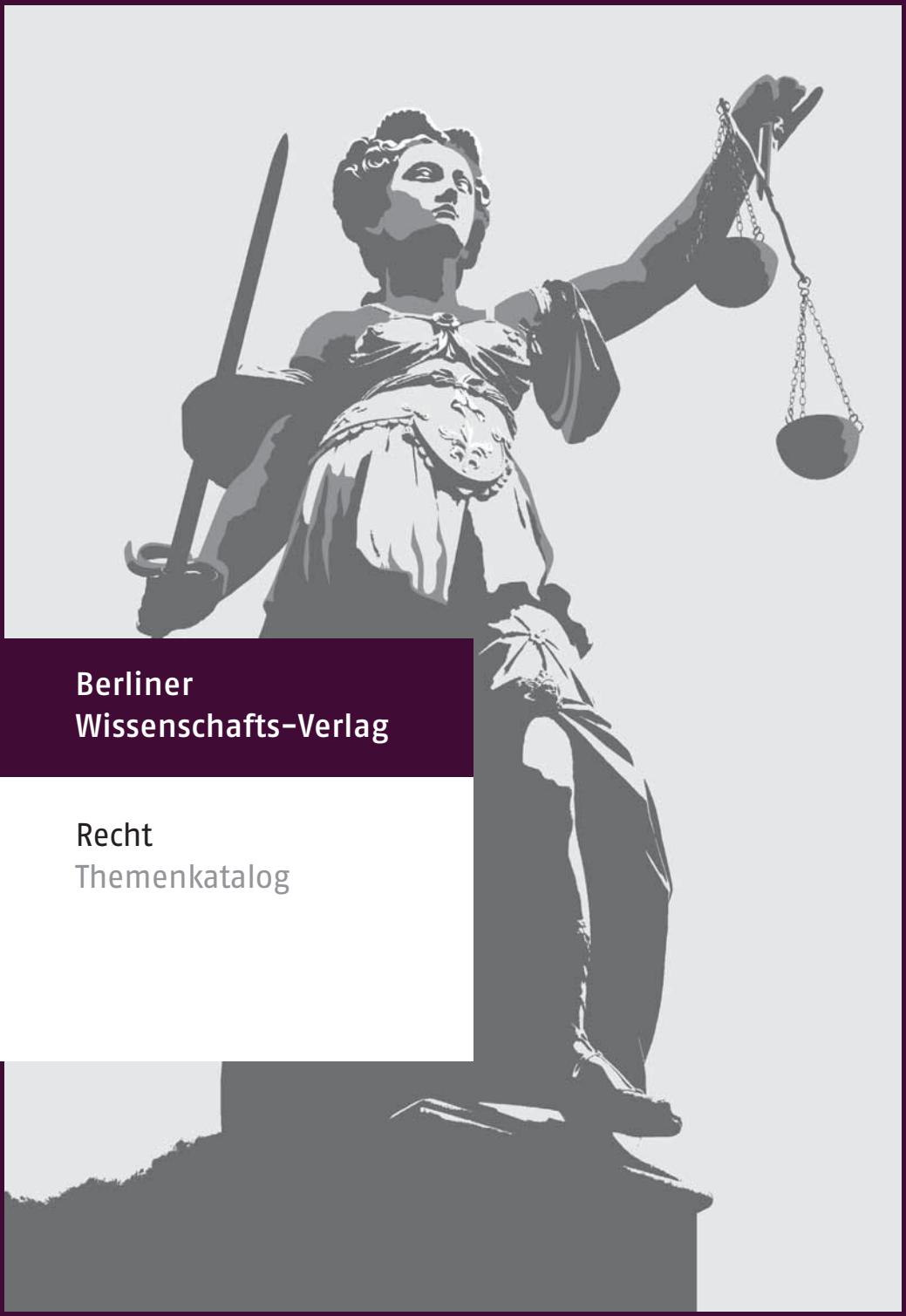


Berliner
Wissenschafts-Verlag

Recht

Themenkatalog

Berliner
Wissenschafts-Verlag

INHALT

Recht | Rechtsgeschichte 2

Ostrecht 15

Öffentliches Recht 18

Zivilrecht 23

Strafrecht 24

Energierecht 28

Umweltrecht 32

Mobilitätsrecht 32

Europarecht 34

Menschenrechte | Völkerrecht 35

Asylrecht 36

Kirchenrecht 38

Wirtschaftsrecht 40

Technikrecht 42

Rechtsphilosophie 43

eLibrary des BWV 44

Autorenverzeichnis 45

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein wichtiger Baustein der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland ist die Mitwirkung von Schöffinnen und Schöffen an Gerichtsverhandlungen. „Fit fürs Schöffenamt“ hilft Neulingen bei der Vorbereitung auf diese Aufgabe. „Sehr zu empfehlen“, befand die Deutsche Richterzeitung, als 2013 Band 1 erschien. Jetzt haben Hasso Lieber und Ulla Sens ihren Bestseller überarbeitet und aktualisiert (S. 13).

Um Strafprozesse in der Praxis geht es auch Rüdiger Deckers und Günter Köhnken: Bei der Urteilsfindung stehen Gerichte oft vor widersprüchlichen Aussagen von Angeklagtem und Opfer. „Die Erhebung und Bewertung von Zeugenaussagen im Strafprozess“ betrachtet dieses Problem interdisziplinär und zehrt vom langjährigen Erfahrungsschatz der Autorinnen und Autoren (S. 26).

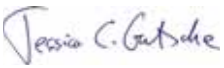
Krieg in der Ukraine, Terroranschläge in Westeuropa, die anglophone Krise in Kamerun: Gewalt und Konflikte bedeuten auch für das Verfassungsrecht Probleme und Herausforderungen. Einerseits läuft es Gefahr, von der politischen Elite missbraucht zu werden, andererseits kann es als Maßstab in Ausnahmesituationen dienen. In „Violent Conflicts, Crisis, State of Emergency, Peacebuilding“ (hrsg. von Oesten Baller) stellen Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftler Beispiele aus vier Kontinenten vor (S. 20).

Nicht erst seit #FridaysForFuture ist die Mobilitätswende ein wichtiges Thema für Bevölkerung und Politik. Ihre Umsetzung stellt Deutschland vor zahlreiche Herausforderungen – egal ob Stadt oder Land, Bürger oder Politiker. Einen Beitrag zur Diskussion leisten Lothar Hagebölling und Neven Josipovic: Gemeinsam mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft stellen sie neue Ideen für verschiedene Verkehrsträger vor (S. 33).

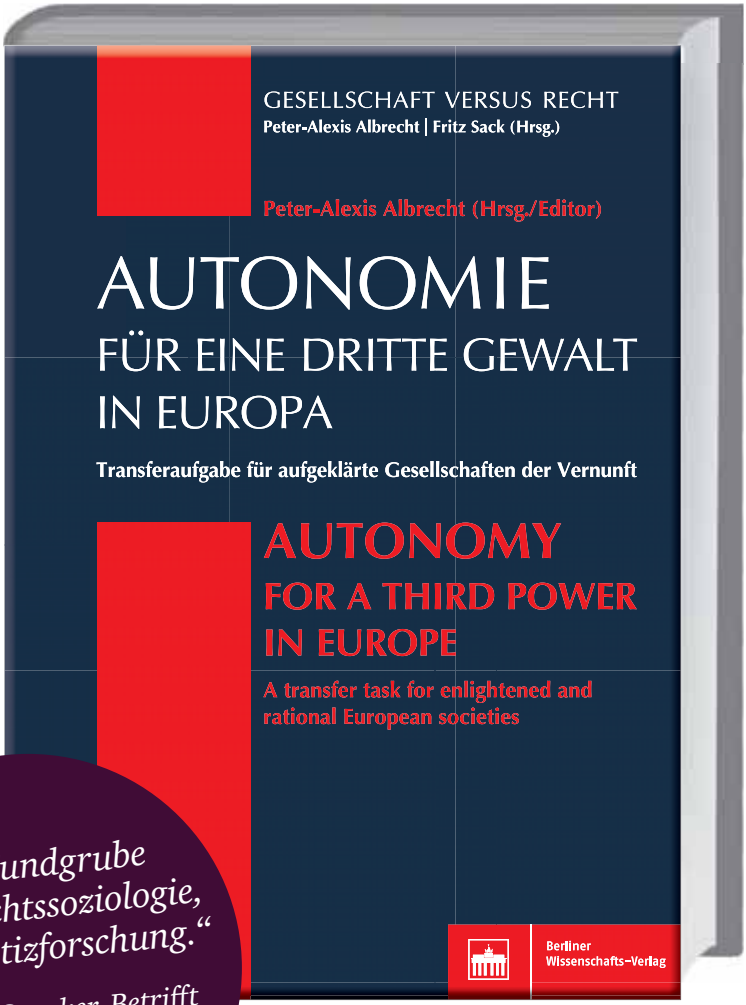
Neugierig geworden? Diese und viele weitere Titel aus den Jahren 2018–2019 finden Sie im neuen Themenkatalog Recht des Berliner Wissenschafts-Verlags.

Viel Spaß beim Stöbern wünschen Ihnen

Dr. Thomas Schaber
(Verlagsleitung)



Jessica C. Gutsche
(Programmleitung)



„Eine Fundgrube für die Rechtssoziologie, für die Justizforschung."

Christoph Strecker, Betrifft JUSTIZ 136/2018

Peter-Alexis Albrecht (Hrsg./ed.)

Autonomie für eine Dritte Gewalt in Europa

Transferaufgabe für aufgeklärte Gesellschaften der Vernunft

Autonomy for a Third Power in Europe

A transfer task for enlightened and rational European societies

Die *persönliche* Unabhängigkeit ist deutschen Richterinnen und Richtern durch die Verfassung garantiert. Aber was nutzt Unabhängigkeit, wenn die Bedingungen, unter denen Gerechtigkeit hergestellt werden soll, von der machtnahen exekutiven Gewalt vorherrschend bestimmt werden?

In Deutschland fehlt die *institutionelle* Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Dritten Gewalt als Umsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung und der *Balance of Power.* 25 Länder der EU bemühen sich um *justizielle Autonomie,* Deutschland tut das nicht. Dabei ist Augenhöhe mit Exekutive und Legislative Voraussetzung für die Wirksamkeit des unparteiischen Kontrollauftrags der gesamten Dritten Gewalt.

Dieser auf Erfahrungswissen europäischer Richter basierende Sammelband gibt Einblick in Stand und Details der Verwirklichung justizieller Autonomie in zahlreichen europäischen Ländern. Das zeigt sich herausragend und ermutigend dort, wo demokratisches Selbstbewusstsein historisch gewachsen und souverän entfaltet ist. Derartige Erkenntnisse sollten denen Hoffnung geben, die sich für die Autonomie der Dritten Gewalt in Europa engagiert einsetzen – leider oft ungehört.

2018, 922 S., 1 s/w Abb., geb., dt./engl.,
98,– €, 978-3-8305-3801-1
eBook PDF 978-3-8305-4005-2
(Gesellschaft versus Recht)

MIT BEITRÄGEN VON

Orlando Afonso | Peter-Alexis Albrecht | Eric Alt | Gerhard Altvater | Joaquin Bayo-Delgado | Ulrich Baltzer | Hans-Ernst Böttcher | Stefan Braum | António Cluny | Ion Copoeru | Christoph Frank | Thomas Groß | Horst Häuser | Edgar Isermann | Mareike Jeschke | Elisabeth Kreth | Carsten Löbbert | Klaus Pförtner | Giovanni Salvi | Till Steffen | Sir John Thomas

HERAUSGEBERINTERVIEW

- **INWIEFERN NIMMT DIE EXEKUTIVE EINFLUSS AUF DEUTSCHLANDS DRITTE GEWALT?**

Die Exekutivgewalt in den Bundesländern, d. h. die Regierung, bestimmt in Deutschland ihre Kontrolleure selbst: mehr als zwanzigtausend Richter! Sie sucht sie aus, sie stellt sie ein, sie befördert sie, sie bestimmt die Arbeitsbedingungen ihrer Rechtsprechung. Gefahr droht aber: Beißt ein Wachhund seinen Herrn, dann wird er ausgesondert, wenn nicht eingeschläfert!

- **VON WELCHEN LÄNDERN KANN DEUTSCHLAND LERNEN?**

In der Schweiz besteht bei demokratisch entfaltetem Selbstbewusstsein Augenhöhe zwischen den drei Staatsgewalten. Auch Norwegen hat überzeugende Gremien zur Auswahl von Richterpersönlichkeiten geschaffen. In demokratisch ausgerichteten Richterwahlausschüssen und autonomen Justizverwaltungsräten findet man vielerorts rechtsstaatlich überzeugende Lösungen.

- **WEM EMPFEHLEN SIE DEN BAND ZUR LEKTÜRE?**

Das Thema ist eine staatsbürgerliche Herausforderung für uns alle. Die USA zeigen derzeit, wie Rechtsprechung politisch langfristig programmiert wird. Polen und Ungarn sind Warnung vor unserer Haustür. Extremistische Politiker rüsten sich auch bei uns zur personellen Usurpation der Dritten Gewalt. Wem sollte man die europäischen Erfahrungen zur „Autonomie für eine Dritte Gewalt in Europa“ also nicht empfehlen?

DER AUTOR

Prof. Dr. Michael Wagner-Kern lehrt an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (University of Applied Sciences) in Wiesbaden.

AUS DEM INHALT

Momentbilder: Eine fortschreibende Vorbemerkung (zur zweiten Auflage) | Neue Lesart der Sicherungsverwahrung | Theorie: Analyse- und Prozessmodell „Präventive Sicherheitsordnung“ (von Trotha) | Spiegelung: Sicherungsverwahrung und präventive Sicherheitsordnung | Gesamtfazit und Skizzen einer geschichtlichen Kriminologie der präventiven Sicherheitsordnung.

Michael Wagner-Kern

Präventive Sicherheitsordnung

Zur Historisierung der Sicherungsverwahrung

Die Studie verknüpft Trutz von Trothas Interpretationsfolie der „präventiven Sicherheitsordnung“ (PSO) mit zwei Dimensionen der Sicherungsverwahrung: ihren grundsätzlich unbefristeten Charakter und Modelle nachträglicher Sicherungsverwahrung.
Zeitgeschichtlich und strafrechtssoziologisch betrachtet der Text, inwieweit die Erschaffung dieser Maßregel durch das Gewohnheitsverbrechergesetz im Jahre 1933 als NS-ideologisch geprägte Kriminalpolitik oder aber als bloße Umsetzung längerer Reformüberlegungen aus der Weimarer Zeit aufzufassen ist. Die heutige Sicherungsverwahrung erscheint als Produkt machtgeleiteter und unzureichend revidierter Kontrollkonzepte der Vergangenheit. Erkennbar wird ein historisches Maßregelrecht der Gegenwart.
In einer erweiterten Vorrede typisiert die Neuauflage durch PSO-Marker Änderungen und Interpretationen der aktuellen Normenprogramme zur Sicherungsverwahrung sowie sonstige Gesetzgebungsaktivitäten und -techniken aktuellen Präventionsrechts. Diese Momentbilder erfassen die fortwährende Konjunktur spätmoderner PSO-Phänomene – als Zustand anhaltender Zuschärfung.

2. aktual. Aufl., i.Vb. 2019,
978-3-8305-3967-4
eBook PDF 978-3-8305-4129-5
(Gesellschaft versus Recht)

Ina Lohse

Die „Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft“ im Deutschen Reich 1871–1918

3340 Rezensionsbeiträge der deutschen Jurisprudenz zwischen Konstitutionalismus und Parlamentarismus

Welche Prinzipien von Wissenschaftlichkeit, Literaturbewertung und Rechtsprechung herrschten in der Rechtswissenschaft der Kaiserzeit? Ina Lohse wertet hierfür die Jahrgänge 1871–1918 der „Kritischen Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft“ (KritV) aus.

Neben der Analyse der Rezensionen hinsichtlich ihrer formalen, inhaltlichen, linguistischen, selbstreflektierenden und kritischwertenden Strukturen nimmt Lohse (rechts-)geschichtliche und gesellschaftliche, ebenso wie literaturwissenschaftliche und herausgeber- und rezensentenbezogene Kontextualisierungen vor. Nur durch die Sensibilisierung für den damaligen Zeitgeist und Anspruch an die Wissenschaftlichkeit sowie für die Entwicklungen innerhalb der Gesetzgebung und Rechtswissenschaft lässt sich die Haltung dieses Teils der Jurisprudenz im Deutschen Kaiserreich nachvollziehen und bewerten.

Wie die KritV selbst, steht Lohses Darstellung im Zeichen der Interdisziplinarität und will sowohl einen Beitrag für diese leisten als auch zu weiterer Forschung anregen.

i.Vb. 2019, 978-3-8305-3952-0
eBook PDF 978-3-8305-4115-8
(Gesellschaft versus Recht)

Uta Wiedenfels

Das Vermögensgesetz – Restitution im Zeitenwandel

Die offenen Vermögensfragen nach der Wiedervereinigung

Bei den offenen Vermögensfragen handelt es sich um rechtsstaatswidrige Eingriffe in Privatvermögen, zumeist die entschädigungslose Entziehung von Grundstücken. Schulbeispiel sind die Grundstücke in den Westen geflohener DDR-Bürger. Daneben gibt es zahlreiche andere Fälle und Sachverhalte.

Die Alteigentümer hatten diese Grundstücke – zunächst vergeblich – zurückgefordert. Nach der Wende verständigten sich die beiden deutschen Regierungen auf eine Lösung dieser Fragen im „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“: Im Grundsatz sollte Rückgabe vor Entschädigung gehen, gleichzeitig sollten Investitionen den Rückgaben vorgehen – ein schwieriger Kompromiss in einer einzigartigen politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Situation, der zudem unzählige Änderungen erfahren hat. Mittlerweile sind fast alle Verfahren abgeschlossen, somit ist Zeit für eine Bilanz: Genügt das Vermögensgesetz dem Anspruch? Wurde tatsächlich „wieder gutgemacht“? Uta Wiedenfels untersucht die Hintergründe, die Entwicklung und die Herausforderungen, denen das Gesetz in der Praxis begegnete.

i.Vb. 2019, 978-3-8305-3582-9
eBook PDF 978-3-8305-2088-7
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Grundlagen des Rechts, Bd. 56)

Frank Nolden, Achim Kurz, Sebastian Schmuck (Hrsg.)

Hochschulgesetz Sachsen-Anhalt Praxiskommentar

Mit dem Wegfall der bundesseitigen Rahmengesetzgebung steigt die Bedeutung des Hochschulrechts der Bundesländer. Die neu gewonnenen Gestaltungsspielräume erlauben diesen, die Unterstützung für die eigenen Hochschulen sowie deren Handlungsfähigkeit wirkungsvoll auszubauen.

Die Übertragung von mehr Autonomie und Selbstverwaltung auf die Hochschulebene war dementsprechend auch Ziel des sachsen-anhaltinischen Gesetzgebers, als er das Landeshochschulrecht mit dem Hochschulgesetz vom 5.5.2004 grundlegend änderte. Die „kleine“ Novelle des Gesetzes vom Dezember 2010 knüpfte an diesen Reformgedanken an. Der Praxiskommentar stellt das aktuell geltende Recht dar, inklusive der Rechtsprechung der Obergerichte sowie der Bestandsliteratur. Die Autorinnen und Autoren geben Handlungsempfehlungen für den Rechtsanwender. Somit bietet der Praxiskommentar nicht nur ein zuverlässiges Hilfsmittel für aufkommende Fragen im Hochschulalltag, sondern leistet auch einen Beitrag zu der kürzlich wieder in Gang gekommenen Reformdebatte in Sachsen-Anhalt.

2018, 569 S., kart.,
86,– €, 978-3-8305-3825-7
eBook PDF 978-3-8305-2994-1

RECHT | RECHTSGESCHICHTE

Andreas Fisahn, Martin Kutscha (Hrsg.)

Verfassungsrecht konkret

Die Grundrechte

Dieses Grundrechtslehrbuch beschreitet einen neuen Weg: Die unverzichtbare Kernmaterie wird optisch besonders hervorgehoben und kann so schnell erfasst und angeeignet werden. Damit wendet sich das Werk besonders an Jurastudentinnen und -studenten der Anfangssemester und die Studierenden der neuen Bachelor-Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten. Wer z. B. im Rahmen des Jurastudiums mehr wissen will, findet darüber hinaus Hintergrundinformationen, die Behandlung von Einzelfragen und die Darstellung aktueller Streitpunkte in kleinerer Schrift. Der leichteren Aneignung des Stoffes dienen zahlreiche Fälle mit Lösungen, die überwiegend der neueren Rechtsprechung entstammen. Sie zeigen, dass es bei der Materie der Grundrechte keineswegs um „graue Theorie“ geht, sondern um einen demokratischen Regeln entsprechenden und rechtsstaatlich überzeugenden Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten.

3. überarb. Aufl. 2018, 221 S.,
1 s/w Abb., kart.,
24,80 €, 978-3-8305-3808-0

PRESSESTIMMEN

„Auf dem deutschen Buchmarkt sind Bücher wie dieses selten zu finden. Ein nicht zu unterschätzendes Lern- und Lehrfeld für Berater, die sich mediatorische Kompetenzen aneignen wollen. Sehr lesenswert."

Gernot Barth, Die Mediation III/2019

„Das Buch ist absolut lesenswert für alle, die wissen wollen, wie Alternative Dispute Resolution (ADR) in der Praxis funktioniert."

Reiner Ponschab,
Ponschab + Partner Literaturschau

Alle 3 Bände im Paket:
i.Vb. 2019, 978-3-8305-3910-0
eBook PDF 978-3-8305-4067-0

Adrian Schweizer, Stefan Kracht, Wolfgang Maus, Marcus Hehn

Konfliktlösung ohne Gericht – Wirtschaftsmediation, Coaching, Nachhaltigkeit

Bücher über Mediation und Coaching gibt es viele, aber alle haben entscheidende Mängel: Gegenstand ist entweder nur die juristische Mediation (ADR) oder die innerbetriebliche Konfliktlösung. Bücher zu Mediation und Coaching gibt es so gut wie nicht. Die vorliegende Buchreiche schließt diese Lücke: Adrian Schweizer und seine Co-Autoren stellen ein theoretisches-fundiertes Konzept zur Verfügung, das in der Mediations- und Coachingpraxis einsetzbar ist. In über 40 Stories wird die Anwendung dieser Tools praxisnah geschildert – für den Bereich der juristischen Konfliktlösung ebenso wie für den Bereich der nicht-juristischen Konfliktlösung.
„Konfliktlösung ohne Gericht" wendet sich an Leser, die in ihrem beruflichen Umfeld mit Konflikten zu tun haben und diese konsensual lösen wollen: Mediatoren, Manager, Anwälte, Unternehmensberater, Coaches und Berater, die bereits praktisch in diesem Bereich arbeiten, sich diese Arbeitsbereiche erschließen wollen oder gerade in einer Ausbildung sind.

Band 1: Grundlagen und Methoden
i.Vb. 2019, 978-3-8305-3909-4
eBook PDF 978-3-8305-4066-3

Band 2: Juristische und nicht-juristische Ansätze
i.Vb. 2019, 978-3-8305-3908-7
eBook PDF 978-3-8305-4065-6

Band 3: 25 PraktikerInnen berichten
2019, 372 S., 37 s/w Abb., 53 s/w Fotos, 3 s/w Tab., kart.,
35,– €, 978-3-8305-3849-3
eBook PDF 978-3-8305-4019-9

BAND 1 9 783830 539094
BAND 2 9 783830 539087
BAND 3 9 783830 538493
PAKET 9 783830 539100

Edmund Brandt, Marco Deppe

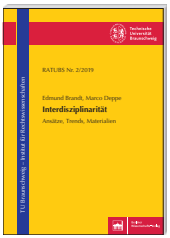
Interdisziplinarität

Ansätze, Trends, Materialien

Interdisziplinarität in der Wissenschaft ist ein immer wiederkehrendes Schlagwort, das sich mittlerweile zum Gütekriterium entwickelt hat: Forschungsprojekte, auch ganze Studiengänge sind interdisziplinär angelegt. Dieser Band zu Ansätzen, Trends und Materialien entstand aus ausführlichen Recherchen zur fortlaufenden Diskussion um das Themenfeld. Ziel ist es, ein möglichst genaues Bild davon zu schaffen, um so einen Überblick und im besten Fall Anregung zum weiteren Nachdenken zu bieten.

Theoretische Ansätze zur Interdisziplinarität bedürfen einer Spiegelung dessen, was sie überschreiten möchte: das Disziplinäre. Mithilfe einer Analyse der Trendbewegung versuchen die Autoren zu verorten, warum immer mehr Publikationen das Schlagwort aufweisen (möchten). Der Materialteil nimmt neben Grundlagen, neueren Ansätzen und Empirie das Phänomen der Interdisziplinarität speziell in den Rechtswissenschaften ins Blickfeld: Welche Voraussetzungen hat das Gelingen? Welche Hürden liegen auf dem Weg?

i.Vb. 2019, 978-3-8305-3936-0
eBook PDF 978-3-8305-4127-1
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, Nr. 2/2019)



RECHT | RECHTSGESCHICHTE

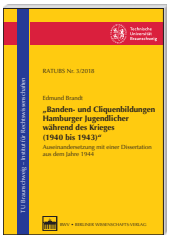
Edmund Brandt

„Banden- und Cliquenbildungen Hamburger Jugendlicher während des Krieges (1940–1943)“

Auseinandersetzung mit einer Dissertation aus dem Jahre 1944

Die von Hans-Herbert Krüger 1944 erstellte Hamburger Dissertation ermöglicht Zugänge zu einer Reihe zentraler Handlungsfelder aus der Zeit des Nationalsozialismus, angefangen vom (Jugend-)Strafrecht als Repressionsinstrument über die Funktionsweise der Justiz während des Zweiten Weltkrieges bis hin zu Ausprägungen von Jugendopposition. Daran knüpft der Band an: Zunächst werden werkimmanent Argumentationslinien und Befunde nachgezeichnet und kommentiert. Daran schließt sich die Identifikation denkbarer weiterführender Fragestellungen an. Auf die Weise wird reichhaltiges Material ausgebreitet und die Grundlage für vertiefende Untersuchungen geschaffen.

2018, 114 S., 88 s/w Abb., kart.,
24,– €, 978-3-8305-3886-8
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, 3/2018)



Edmund Brandt

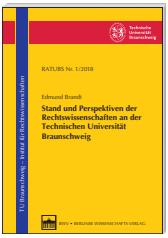
Stand und Perspektiven der Rechtswissenschaften an der Technischen Universität Braunschweig

Dem Institut für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Braunschweig kommt in mehrfacher Hinsicht eine Sonderstellung zu: Angesiedelt in einem nicht-rechtlichen Umfeld ist es in Forschung und Lehre ständig interdisziplinären Herausforderungen ausgesetzt. Zugleich muss es sich im rechtswissenschaftlichen Diskurs behaupten – das gilt insbesondere für die Handlungsfelder, auf denen die Forschungsschwerpunkte des IRW liegen: das Recht der Entsorgung atomarer Abfälle, das Windenergierecht und das Mobilitätsrecht. In den vergangenen Jahren sind hier Beiträge entstanden, die vielfach Beachtung gefunden haben.

Nunmehr steht das Institut in mehrfacher Weise vor einem Umbruch. Die Arbeitsschwerpunkte werden sich wandeln, personelle Veränderungen sind absehbar. Gerade deshalb ist es von Nutzen, den erreichten Stand zu dokumentieren und die Perspektiven zu beleuchten, die sich mit dem IRW verbinden.

Das geschieht in dem vorliegenden Band, der zunächst das „Projekt IRW“ erläutert und dann Materialien zusammenstellt, die Aufschluss über dessen Aufbau, die Aktivitäten in Forschung und Lehre sowie Weiterbildung geben.

2018, 99 S., 11 s/w Abb.,
11 s/w Fotos, 1 s/w Tab., kart.,
24,– €, 978-3-8305-3875-2
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, 1/2018)



Edmund Brandt

Fundstücke II

Weitere Entdeckungen in der Bibliothek des Instituts für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Braunschweig

In dem Band dokumentiert sind weitere 34 Fundstücke aus der Bibliothek des Instituts für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Braunschweig, „Werke“ aus der Zeit zwischen 1933 und 1945, die dort unbeschadet, was wohl heißen dürfte: unbemerkt und ungelesen, die Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges überdauert haben.

Sich heute mit ihnen zu befassen, ermöglicht einen kritischen Blick auf Gedankengänge und Argumentationsmuster, die teilweise unendlich weit entfernt scheinen, teilweise aber durchaus ungemein vertraut wirken.

Mit dem vorliegenden Band wird das Material ausgebreitet und strukturiert. Weiterhin finden sich erste Hinweise dazu, wie sich in einem weiteren Schritt Diskontinuitäts-, aber auch Kontinuitätslinien herausarbeiten ließen und eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgen könnte.

2018, 290 S., kart.,
44,– €, 978-3-8305-3839-4
eBook PDF 978-3-8305-4038-0
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, Nr. 2/2017)

Thomas Gawron

Bundesverfassungsgericht und Religionsgemeinschaften

Konstellationen von Mobilisierung, Entscheidung und Implementation

Thomas Gawron untersucht in rechtssoziologischer Perspektive das Verhältnis zwischen Bundesverfassungsgericht und Kirchen/Religionsgemeinschaften und markiert Konstellationen von Mobilisierung, judizieller Entscheidung und Implementation. Gegenstand seiner Untersuchung bilden 13 Leitentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts: Konfessionelle Krankenhäuser, Kruzifix, Unterrichtsfach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde, Kopftücher und die Berliner Adventssonntagsregelung.
Als Ergebnisse der Fallstudien sind der hohe Beschwerdeerfolg der Mobilisierungsakteure, die Zerstrittenheit der Karlsruher Richterkollegien, offener Widerstand gegen bundesverfassungsgerichtliche Judize und misslingende Implementation festzuhalten. Das Interesse am Implementationsprozess impliziert Fragen nach Abnahmebereitschaft und interner Verarbeitung in den Sphären der Implementationsakteure: juristische Expertise von Großkirchen, Unternehmensverbänden sowie Gewerkschaften und von kleinen mitgliedergeringen Religionsgemeinschaften fällt auseinander.

2017, 72 S., 4 s/w Tab., kart.,
27,– €, 978-3-8305-3846-2
eBook PDF 978-3-8305-4016-8
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, 1/2017)

RECHT | RECHTSGESCHICHTE

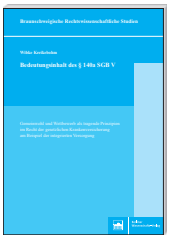
Wibke Kreikebohm

Bedeutungsinhalt des § 140a SGB V

Gemeinwohl und Wettbewerb als tragende Prinzipien im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung am Beispiel der integrierten Versorgung

Im Spannungsverhältnis zwischen Gemeinwohl und Wettbewerb: Patienten in der gesetzlichen Krankenversicherung fordern eine immer bessere medizinische Versorgung, die allerdings auch immer mehr finanzielle Mittel verschlingt. Die Einführung der integrierten Versorgung nach § 140a SGB V im Jahr 2004 wollte hier Abhilfe schaffen und trotz steigender Kosten im Gesundheitssystem eine adäquate Versorgung insbesondere auch chronisch kranker Patienten sicherstellen.
Orientiert sich die gesetzliche Krankenversicherung in diesen Vorschriften an Gemeinwohlaspekten oder eher am Wettbewerbsgedanken? Wibke Kreikebohm untersucht die Zukunftschancen und -risiken der integrierten Versorgung. Sie klärt, welche Bestandteile für deren Gelingen zwingend notwendig sind, welche noch ausgebaut oder geschaffen werden müssen und definiert einen handhabbaren und nachvollziehbaren Anwendungskanon des § 140a SGB V.

2018, 282 S., 2 s/w Abb., 3 s/w Tab., kart.,
52,– €, 978-3-8305-3824-0
eBook PDF 978-3-8305-2979-8
(Braunschweigische rechtswissenschaftliche Studien)



Ralf Kreikebohm, Uwe Kolakowski, Svenja Reiber, Jürgen Rodewald

Die rentenpolitische Agenda 2030

Die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Alterssicherung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen

Die Rentenreform im Jahr 2014 zum Anlass nehmend, beschäftigen sich die Autoren mit grundsätzlichen Reformansätzen der Alterssicherung. Einige der angesprochenen Themen haben sich zwischenzeitlich weiterentwickelt: durch das Flexirentengesetz und die Ost-West-Anpassung. Die zweite Auflage nimmt die neue Rechtslage auf. Und trotz der gesetzgeberischen Aktivitäten und der geplanten Vorhaben gilt: die Bewährungsprobe für die Zukunftsfähigkeit der umlagefinanzierten Rentenversicherung wird erst ab 2020 kommen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission wird die Eckpfeiler der Alterssicherung erarbeiten müssen.

In der Analyse der Ausgangslage greifen sie insbesondere das Normalarbeitsverhältnis auf und schildern, wie sich die gesellschaftlichen Grundlagen der Sozialversicherung schon verändert haben und noch verändern werden (Stichwort Arbeit 4.0). Daran anknüpfend entwerfen sie Lösungen für die gesetzliche Alterssicherung, die vom auskömmlichen Leistungsniveau über Flexibilisierung des Renteneintritts bis hin zu Veränderungen bei Prävention und Rehabilitation reichen.

2., überarb. u. akt. Aufl. 2018, 285 S., 20 s/w Abb., 16 s/w Tab., geb., 51,– €, 978-3-8305-3879-0
eBook PDF 978-3-8305-4045-8
(Braunschweigische Rechtswissenschaftliche Studien)

RECHT | RECHTSGESCHICHTE

Friedrick Harrer

Entwicklungsstufen der Rechtsfindung

Friedrich Harrer zeichnet eine Geschichte der Rechtsquellen von den frühesten Phasen der Rechtsentwicklung bis zur Gegenwart. Die Bedeutung der Epen Homers für das Rechtsquellenverständnis wird ebenso erörtert, wie die Orestie des Aischylos, das römische Recht und die Kodizes des Absolutismus.

Die Dominanz allein einer Rechtsquelle war in den frühen Phasen (Gewohnheitsrecht) und im Absolutismus (Kodifikation i. V. m. Interpretationsverboten) vorherrschend. In der klassischen Zeit, also in einer rechtlich hoch entwickelten Epoche, war hingegen ein breit gefächertes Rechtsquellenverständnis vorherrschend. Die neuerliche Monopolstellung einer einzigen Rechtsquelle (moderne Sicht) erscheint als ein, jedenfalls historisch gesehen, auffälliger Tatbestand. Der Autor hinterfragt die geltende Vorstellung, dass es nur eine Rechtsquelle, das Gesetz, gebe oder geben könne und diskutiert die gegenwärtige Bedeutung des Gewohnheitsrechts, der Rechtsprechung und des Schrifttums als Rechtsquellen. Abschließende Überlegungen sind dem legislativen Übereifer gewidmet, der die Moderne prägt.

2018, 158 S., 2 s/w Abb., geb., 57,39,– €, 978-3-8305-3920-9

„Sehr zu empfehlen."

Ingo Werner, Deutsche Richterzeitung 6/2014, zur 1. Auflage

Hasso Lieber, Ursula Sens

Fit fürs Schöffenamt

Handbuch für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Strafgerichtsbarkeit

Das zweibändige Handbuch „Fit fürs Schöffenamt“ stärkt die notwendige Handlungskompetenz für die Ausübung des Schöffenamtes und ist praktischer Wegbegleiter während der Amtsperiode. Es informiert über Strafrecht und Strafprozess aus der Sicht von Schöffinnen und Schöffen. Sie sollen sich ihrer Verantwortung und Rolle sowie ihres Beitrags zu einer bürgernahen und nachvollziehbaren Rechtsprechung bewusst werden.

Band 1 bereitet Schöffinnen und Schöffen umfassend auf das staatsbürgerliche Ehrenamt vor. Die Kenntnisse über das „Handwerkszeug“ werden anschaulich vermittelt: Rechte und Pflichten, Mitwirkungsmöglichkeiten im Laufe der Hauptverhandlung. Praktische Hilfen gibt das Buch für die Zusammenarbeit mit den Berufsrichtern, ebenso zum Schutz vor Benachteiligungen am Arbeitsplatz und bei Entschädigungsfragen.

Band 2 erläutert Grundsätze und Ablauf des Strafverfahrens, Verfassungs- und Prozessgrundsätze für ein rechtsstaatliches und faires Verfahren, Beweisaufnahme, Beratung und Urteilsfindung, das Sanktionensystem sowie die Methode, eine gerechte und schuldangemessene Strafe zu finden.

Band 1: 2., überarb. Aufl. 2019, 241 S., 3 s/w Abb., kart.,
19,90 €, 978-3-8305-3853-0,
eBook PDF 19,90 €, 978-3-8305-4023-6

Band 2: 2., überarb. Aufl. 2019, 224 S., 4 s/w Abb., kart.,
19,90 €, 978-3-8305-3854-7,
eBook PDF 19,90 €, 978-3-8305-4024-3

Beide Bände im Paket:
2., überarb. Aufl. 2019
39,– €, 978-3-8305-3855-4,
eBook PDF 39,– €, 978-3-8305-4025-0

BAND 1

BAND 2

DIE AUTORIN UND DER AUTOR

Hasso Lieber, Rechtsanwalt und geschäftsführender Gesellschafter der PariJus gGmbH, ehem. Vorsitzender Richter am Landgericht Bochum, Staatssekretär für Justiz a. D., Gründer und bis 2017 Vorsitzender des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e. V., Gründer und erster Präsident des Europäischen Netzwerkes der Vereinigungen Ehrenamtlicher Richter (European Network of Associations of Lay Judges, ENALJ), seit 1989 Redaktionsleiter der Zeitschrift „Richter ohne Robe“.

Ursula Sens, Diplom-Bibliothekarin, Geschäftsführerin der PariJus gGmbH, von 1994–2018 Vorsitzende der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen – Bund ehrenamtlicher Richterinnen und Richter – Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., seit 1995 Mitarbeit in der Redaktion der Zeitschrift „Richter ohne Robe“.

AUTORENINTERVIEW

- HERR LIEBER, WAS HAT EIN EHEMALIGER STAATSSEKRETÄR MIT SCHÖFFEN ZU TUN?

Schon als junger Amtsrichter habe ich die Zusammenarbeit mit Schöffen geschätzt. Da sich weder Justiz noch Rechtspolitik nachhaltig diesem prozessual wie demokratisch wichtigen Element widmen, führe ich seit 35 Jahren Fortbildungen durch und habe 1989 einen Verband für ehrenamtliche Richter initiiert.

- FRAU SENS, WARUM BEFASSEN SIE SICH ALS BIBLIOTHEKARIN MIT DEN SCHÖFFEN?

Ich war selbst Schöffin. Da ist mein Beruf einer von vielen. Meine beruflichen Kenntnisse gerade in einer Parlamentsbibliothek kamen mir aber für die Zusammenhänge von Recht und Demokratie zugute und schlugen sich in Schöffenamt wie praktischer Verbandsarbeit für die ehrenamtlichen Richter nieder.

- VOR WELCHEN PROBLEMEN STEHEN SCHÖFFINNEN UND SCHÖFFEN IN DEUTSCHLAND?

Gerade die mangelnde Kenntnis über Inhalt und Bedeutung des Amtes führt zu Unzulänglichkeiten, beginnend bei der Auswahl geeigneter Personen über fehlende Einführung in das Amt bis hin zu Benachteiligungen am Arbeitsplatz oder Vernachlässigung von Schutzrechten wie Arbeitszeit oder Mutterschutz.

Benjamin Bukor

Abstammung – Ideologie – Recht

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 blieb das österreichische Privatrecht – zumindest vorerst – weitgehend in Kraft und bildete somit die Rechtsgrundlage für richterliche Entscheidungen. In manchen Bereichen offenbarte sich bald eine Diskrepanz zwischen dem Gesetzestext und den nationalsozialistischen Zielen bzw. Wertvorstellungen, mit denen die Gerichte konfrontiert wurden. Zu diesen Gebieten des Zivilrechts zählte nicht zuletzt das Ehelichkeits- und Abstammungsrecht, das ideologisch zentrale Bereiche der nationalsozialistischen Politik berührte.

Die „blutsmäßige Abstammung“ spielte für die „Rassepolitik“ und die „rassische Klassifizierung“ eine Rolle, war aber auch aufgrund der nationalsozialistischen Vorstellungen von „Erbgesundheit“ sowie dem biologisch geprägten Familienbild von Relevanz.

Das Buch stellt die erste umfassende rechtshistorische Aufarbeitung der Entwicklung des österreichischen Abstammungsrechts in der Zeit des Nationalsozialismus dar, die sowohl die Veränderungen auf gesetzlicher Ebene, vor allem aber auch die Rechtsprechung und die Rolle der Richter analysiert.

2018, 272 S., 3 s/w Abb., 3 s/w Tab., kart., 86,57 €, 978-3-8305-3933-9

Dieter C. Umbach, Edzard Schmidt-Jortzig, Werner von Unruh (Hrsg.)

Des Menschen Heimat im Staat

Ausgewählte Aufsätze von Georg-Christoph von Unruh

Georg-Christoph von Unruh wird zu Recht als der „Nestor der deutschen Staatsrechtslehre“, insbesondere der Kommunal- und Verwaltungswissenschaften bezeichnet. Auch als Emeritus im Öffentlichen Recht (1982–2008) verfasste er noch über 50 Beiträge zur Entwicklung des Staates.

Diese Aufsätze sind erstaunlich aktuell, zumal er sich dem Thema vor allem im Verhältnis zu den Menschen nähert. Die Priorität des Würdebegriffs wird aus der Prägung seines 95 Jahre langen Lebens deutlich: Aufgewachsen in einem monarchistischen Elternhaus, Zeuge des Scheiterns der Weimarer Republik und abgestoßen vom Hitler-Regime fand er im Grundgesetz eine Staatsordnung, die ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem Ordnungssystem des Staates und der Umsetzung von Bürgerwillen und Individualinteressen vorsah.

Heimatbegriff, Wandel der Daseinsvorsorge in gesellschaftlicher, zeitlicher und politischer Veränderung, kommunale Selbstverwaltung in der Industriegesellschaft, gegliederte Demokratie, schlanker Staat etc. – Schlagworte oder Leitideen? Von Unruh hat die Gabe zur souveränen Einordnung dieser nach wie vor relevanten Themen, Institutionen und Begriffe.

2019, 524 S., 1 s/w Foto, kart., 74,– €, 978-3-8305-3956-8
eBook PDF 978-3-8305-4119-6

Christoph G. Paulus

Auf der Suche nach Unsterblichkeit

Zur mentalitätsgeschichtlichen, sozialen und rechtlichen Bedeutung des Testaments im antiken Rom

Wir alle streben nach Unsterblichkeit, schrieb Cicero, und verfassen deshalb sorgfältig Testamente. Am Testament, so Plinius d.J., erkenne man den Charakter des Testators.
Diese beiden Äußerungen nimmt Christoph Paulus zum Anlass, eine mentalitätsgeschichtliche Untersuchung über den Unsterblichkeitswunsch – erinnert zu werden bei den Nachfahren – in der römischen Antike vorzunehmen. Ein naheliegendes Forschungsvorhaben, gehörte es in der römischen Oberschicht doch zum gesellschaftlich Unabdingbaren, ein Testament zu verfassen und schon lebzeitig publik zu machen. Diese Wechselwirkung zwischen Selbstdarstellung und Schaffung einer Beurteilungsgrundlage für das postmortale Ansehen führen zu einer hoch interessanten und aussagekräftigen Informationsquelle.
Das Buch geht aus Paulus' juristischer Habilitationsschrift (Ludwig-Maximilians-Universität, 1990) hervor, die insbesondere juristische Quellen bzw. die juristische Bewertung von Testamentsklauseln berücksichtigte. So erschließen sich für die Mentalitätsgeschichte weite Quellenareale, die bislang meist der römisch-rechtlichen Zunft überlassen wurden.

2018, 301 S., kart.,
50,– €, 978-3-8305-3817-2
eBook PDF 978-3-8305-2249-2

Phyllis Rade

Die Durchsetzung des Lauterkeitsrechts in Deutschland und der Tschechischen Republik

Ansätze für ein kohärentes europäisches Recht gegen unlauteren Wettbewerb

Phyllis Rade entfaltet die Grundzüge des Lauterkeitsrechts in Deutschland und der Tschechischen Republik im Wege eines Rechtsvergleichs. Systematisch erschließt sie das materielle und prozessuale Lauterkeitsrecht beider Länder, ohne hierbei den Blick auf die unionsrechtlichen Vorgaben zu verlieren. Der fortlaufende Perspektivenwechsel zwischen den beiden Rechtsordnungen vor dem Hintergrund des Unionsrechts ermöglicht es, den Status quo der Angleichung kritisch zu hinterfragen und dessen Problematiken aufzuzeigen. Das Buch wendet sich an alle, die sich im Zuge von Studium, Forschung oder fachspezifischer Rechtspraxis in beiden Rechtsordnungen ein Bild über das Lauterkeitsrecht machen möchten, und zeigt darüber hinaus Schwachstellen des Unionsrechts und dessen harmonisierender Wirkung auf. Phyllis Rade schafft in ihrer Arbeit einen integrierten rechtsvergleichenden Zugang, der mehr ist, als eine separierte Darstellung der Rechtslage beider Staaten. Zudem erarbeitet sie ein Konzept, wie die Harmonisierung dieses Rechtsgebietes weiter vorangetrieben werden könnte.

2018, 315 S., kart.,
57,– €, 978-3-8305-3838-7
eBook PDF 978-3-8305-4009-0
(Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 28)

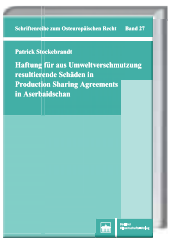
Patrick Stockebrandt

Haftung für aus Umweltverschmutzung resultierende Schäden in Production Sharing Agreements in Aserbaidschan

Seit der Unabhängigkeit Aserbaidschans hat sich die Öl- und Gasförderung zum dominanten Wirtschaftszweig mit entsprechend hoher wirtschaftlicher und politischer Bedeutung entwickelt. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war der 1994 mit zehn ausländischen Erdölunternehmen vereinbarte „Jahrhundertvertrag" – ein Production Sharing Agreement über die Fördergebiete „Azeri, Chirag, Gunashli".

Patrick Stockebrandt untersucht den „Jahrhundertvertrag" dahingehend, ob dieser eine Haftung für aus Umweltverschmutzung resultierende Schäden etabliert und inwiefern Dritte mögliche Ansprüche geltend machen können. Somit widmet sich die Untersuchung einem Thema im Schnittfeld von internationalem Umweltrecht und Investitionsschutzrecht, welches bisher nur wenig Aufmerksamkeit in der rechtswissenschaftlichen Literatur erfahren hat, aber von großer ökonomischer und politischer Bedeutung ist. Stockebrandt ordnet das Production Sharing Agreement in die Systematik der bestehenden internationalen Vertragstypen und Förderregime ein und stellt es in seiner umweltrechtlichen Dimension vor dem Hintergrund des bestehenden Völkervertragsrechts dar.

2018, 167 S., geb.,
44,– €, 978-3-8305-3830-1
eBook PDF 978-3-8305-4008-3
(Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 27)



Anke Allenhöfer

Gesellschaftervereinbarungen bei Kapitalgesellschaften

Eine rechtsvergleichende Untersuchung im deutschen und russischen Recht

Gesellschaftervereinbarungen sind ein wichtiges Instrument der Gesellschaften zur vertraglichen Konkretisierung ihrer mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisse. Sowohl im deutschen als auch im russischen Recht stellen sie eine verbindliche interne Regelung der Beziehungen der Gesellschafter untereinander sowie zur Gesellschaft dar, bei der die Gesellschafter vertraglich die Ausübung ihrer Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft regeln.

Anke Allenhöfer untersucht Gesellschaftervereinbarungen in beiden Rechtsordnungen auf ihre Zulässigkeit sowie auf ihre grundsätzliche Beziehung zu den korporativen Rechtsverhältnissen der Kapitalgesellschaft. Allenhöfer geht der Frage nach, welche Wechselwirkungen zwischen Gesellschaftervereinbarungen und der Gesellschaft bestehen, und unterzieht die rechtliche Behandlung von Gesellschaftervereinbarungen in beiden Rechtsordnungen einer rechtsvergleichenden Untersuchung. Allenhöfer leistet durch die Klärung praktisch relevanter Rechtsfragen einen wichtigen Beitrag zum russischen Kapitalgesellschaftsrecht und zur deutsch-russischen Rechtsvergleichung.

2018, 326 S., kart.,
61,– €, 978-3-8305-3776-2
eBook PDF 978-3-8305-2986-6
(Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 26)

Rainer Birke, Rainer Wedde (Hrsg.)

Im Dienst des deutsch-russischen Rechtsdialogs

30 Jahre Deutsch-Russische Juristenvereinigung

Anlässlich ihres 30-jährigen Gründungsjubiläums legt die Deutsch-Russische Juristenvereinigung eine aktuelle Bestandsaufnahme des deutsch-russischen Rechtsdialogs vor. Lange von Offenheit und Annäherung geprägt, wird dieser Austausch seit einigen Jahren durch die politische Entfremdung beider Länder erschwert.

Ungeachtet dessen hat der Dialog zwischen deutschen und russischen Juristen nichts an Lebendigkeit eingebüßt: Zweisprachige Studiengänge, wissenschaftliche Kooperationen, der Deutsch-Russische Juristenpreis, Zusammenarbeit bei der praktischen Rechtsanwendung sind nur einige Facetten des Rechtsdialogs zwischen Deutschland und Russland. Die traditionelle Nähe der beiden Rechtsordnungen spielt dabei ebenso eine Rolle wie die gewachsenen persönlichen Kontakte.

Über 20 Autoren aus sieben Ländern zeigen in ihren Beiträgen, wie eng diese Verbindungen mittlerweile sind, verdeutlichen aber auch Herausforderungen und Chancen des Austauschs. Vor allem aber beweisen sie, dass der deutsch-russische Rechtsdialog stets zwischen Menschen stattfindet, die sich schätzen und engagieren.

2018, 176 S. 14 s/w Abb., 1 s/w Tab., kart.,
40,– €, 978-3-8305-3868-4
eBook PDF 978-3-8305-4040-3
(Schriftenreihe der Deutsch-Russischen Juristenvereinigung e.V., Bd. 2)

OSTRECHT

Herbert Küpper

Einführung in die Verfassungssysteme Südosteuropas

Südosteuropa, einst das „Pulverfass Europas“, wirft auch jetzt noch viele Fragen auf, die alleine durch EU-Mitgliedschaft nicht beantwortet werden. Die Region steht im Europa von heute ganz oben auf der Agenda. Dieses Buch untersucht die 15 Verfassungsordnungen Südosteuropas: Geschichte, Textstruktur, Verfassungsgrundsätze, Staatsorganisation und Grundrechte. Einen Analyseschwerpunkt bildet die Rezeption, denn die Verfassungs- und Rechtsentwicklung der Region ist seit Erlangung der Unabhängigkeit im 19. Jh. von einer intensiven Übernahme west- und mitteleuropäischer Vorbilder geprägt. Im 21. Jh. ist Rezeption ein wichtiges Mittel, die Herausforderungen der Globalisierung und des Wettbewerbs zwischen common law und kontinentalem Recht anzugehen, weshalb das Studium der langen und teils erfolgreichen Rezeptionsgeschichte Südosteuropas auch für die eigene Verfassungsentwicklung relevant ist. Dieses verfassungsvergleichende Werk ist für Leser mit und ohne juristische Kenntnisse geschrieben.

2019, 972 S., 6 s/w Tab., geb.,
144,94– €, 978-3-8305-3873-8

ZEITSCHRIFT

Deutsch-Russische Juristenvereinigung e.V. (Hrsg.)

Deutsch-Russische Rechtszeitschrift | DRRZ

Германо-Российский юридический журнал | German-Russian Law Review

Die DRRZ versteht sich als wichtigste Publikation außerhalb Russlands zum russischen Recht und zu rechtsvergleichenden Themen im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr. Sie richtet sich an alle, die beruflich oder privat mit dem rechtlichen Austausch zwischen Deutschland und Russland zu tun haben und steht in der langen Tradition der Mitteilungshefte der Deutsch-Russischen Juristenvereinigung.

REDAKTION

Hans Janus | Vladimir Primaczenko | Rainer Wedde

ERSCHEINUNGSWEISE

Halbjährlich.

BEZUGSPREISE*

Privatbezieher:
- Abonnement Print jährl. 47,20 €
- Abonnement Digital jährl. 47,20 €
- Abonnement Print + Digital jährl. 66,– €
- Einzelheft 29,– €

Institutionen:
- Abonnement Print jährl. 52,– €
- Abonnement Print + Digital jährl. (mit IP-Zugang) 97,70 €
- Einzelheft 29,– €

Versandkosten jährl. Abonnement:
- Inland 7,90 € | Ausland 13,90 €
- Direktversand: zzgl. 2,– €

* Alle Preise inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten bei Printausgaben.

ISSN Print 2367-1815
ISSN Online 2367-1823

ÖFFENTLICHES RECHT

Michael Heinke

Institutionelle Praxis als Verfassungslaboratorium

Zur verfassungsrechtlichen Bedeutung interinstitutioneller Praxis im institutionellen Europarecht

Die Rechtsordnung der Europäischen Union gilt als dynamisches Rechtssystem, das sich stetig verändert und dabei an Komplexität und Dichte zunimmt. Die Praxis der institutionellen Akteure der Europäischen Union ist dabei zentral. Sie ist ein Motor der Rechtsentwicklung des institutionellen Europarechts.
Michael Heinke nimmt die Kompetenzen des Europäischen Parlaments in den Fokus und zeigt, wie institutionelle Praxis diese zu verschieben vermag. Dabei kommen das Phänomen der Trilogisierung der Gesetzgebungskompetenz ebenso wie die Debatte um die Stellung der Spitzenkandidaten bei der Wahl des Kommissionspräsidenten und der neue Rechtsstaatsmechanismus der Europäischen Kommission zur Sprache.
Heinkes leitenden Fragen dabei sind: Welches implizite Verständnis liegt der Organpraxis zugrunde? Welche normativen Auswirkungen kommen der Organpraxis bei der Rechtsentwicklung und -auslegung zu?

i.Vb. 2019, 978-3-8305-3973-5
eBook PDF 978-3-8305-4135-6
(Studien zur Staatspraxis, Bd. 2)

Maximilian Wimmer

Die Bedeutung und argumentative Rolle der Staatspraxis, insbesondere im Bereich der auswärtigen Gewalt

Das Phänomen „Staatspraxis“ beschreibt das tatsächliche Handeln von Staatsorganen unabhängig von verfassungsmäßig verankerten Regeln. Obwohl dieses Handeln eine Art „Eigenleben“ entwickelt hat und sich folglich die Frage nach dessen rechtlicher Einordnung stellt, steckt die juristische Diskussion zur Staatspraxis noch in den Kinderschuhen. Maximilian Wimmer nimmt dies zum Anlass, die Thematik eingehend aufzuarbeiten.
Anknüpfend an eine Bestandsaufnahme im Rahmen einer vor allem deskriptiven Darstellung durch Auswertung von Literatur, Experteninterviews etc. entwickelt er eine methodologische Grundlagenforschung zur Staatspraxis und identifiziert mithilfe einer Strukturanalyse der juristischen Auslegung die Rolle der Staatspraxis, insbesondere im Bereich der auswärtigen Gewalt. Es zeigt sich: Staatspraxis ist nicht nur ein tatsächliches Verhalten mit faktischer Wirkung, ihr kommt überdies eine rechtlich-argumentative Bedeutung zu.

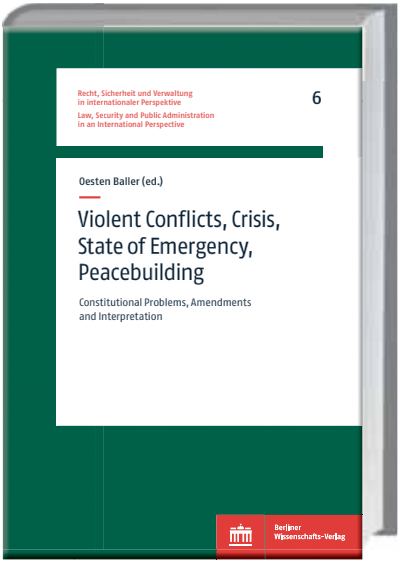
2019, 253 S., 1 s/w Abb., kart.,
48,– €, 978-3-8305-3944-5
eBook PDF 978-3-8305-4102-8
(Studien zur Staatspraxis, Bd. 1)

Studien zur Staatspraxis

Die Schriftenreihe „Studien zur Staatspraxis“ versammelt Arbeiten, die sich einem von der Rechtswissenschaft vernachlässigten, aus vielen Gründen nur schwer zu erschließenden Forschungsfeld zuwenden: der „Staatspraxis“. Im Kern geht es dabei um die tatsächliche Handhabung der Verfassung durch die Staatsorgane. Die Rechtswissenschaft neigt dazu, das Verfassungsrecht als ein Phänomen anzusehen, das nur im Bereich des „Sollens“ angesiedelt ist. Sie vernachlässigt damit die praktische Handhabung des Verfassungsrechts. In methodischer Hinsicht ist es jedoch nicht einfach, die Staatspraxis juristisch zum Gegenstand zu machen. Wenig ergiebig wäre es, die Verfassungswirklichkeit so in den Blick zu nehmen, wie es die Politikwissenschaft oder die (Verfassungs-)Soziologie tun – nämlich mit primär empirischen Methoden. Für die Rechtswissenschaft gilt es vielmehr, das Wechselspiel von Normgeltung und Normpraxis im Wege einer Verfassungstatsachenforschung zu erfassen und zu beschreiben.

DER HERAUSGEBER

Andreas Funke



DER HERAUSGEBER

Prof. Dr. Oesten Baller, geb. 1954, Studium Rechtswissenschaft, Slavistik und Geschichte an der Uni Freiburg, 1994 Promotion an der HUB, seit 1998 Professor für Öffentliches Recht und Sicherheitsrecht an der HWR Berlin, Direktor des Instituts für Verwaltungsmodernisierung und Polizeireform in Mittel- und Osteuropa, Vorsitzender der German-Ukrainian School of Governance. Forschung: Verfassungs- und Verwaltungsrecht UA und RF; Polizei- und Sicherheitsrecht.

MIT BEITRÄGEN VON

Oesten Baller | Rubens Beçak | Olivier Le Bot | Manon Bonnet | David KC Huang | Priscilla Jensel-Monge | Jairo Lima | Xavier Miny | Audrey de Montis | Abiodun Odusote | Oyelowo Oyewo | Quentin Pironnet | Maciej Pisz | Anne-Laure Youhnovski Sagon | Eva Schulev-Steindl | Sacha Sydoryk | Paul Zibi

Oesten Baller (ed.)

Violent Conflicts, Crisis, State of Emergency, Peacebuilding

Constitutional Problems, Amendments and Interpretation

Constitutional law can appear differently in political crises or national and international conflicts. Lawyers from Africa, Asia, Europe and South America examine in national or comparative perspectives current constitutional legal problems. The scope of the contributions encompasses:

- the anti-terrorist struggle in Belgium and France
- constitutional emergencies in France, Austria and Poland
- constitutional problems of the Russian-Ukrainian conflict
- constitution-changing majorities in Brazil
- ill-gotten political party assets in Taiwan
- violent clashes between herdsmen and indigenous ethnic communities across West Africa
- constitutional processes in sub-Saharan Africa

The topics were originally discussed at the 10th World Congress of Constitutional Law (IACL-AIDC), held from 18–22 June 2018 at Sungkyunkwan University in Seoul, Korea, on Violent Conflicts, Peace-Building, and Constitutional Law.

i. Vb. 2019, 978-3-8305-3964-3
eBook PDF 978-3-8305-4126-4
(Recht, Sicherheit und Verwaltung in internationaler Perspektive, Bd. 6)

9 783830 539643

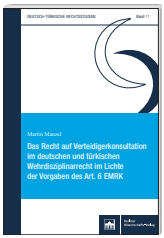
Martin Manzel

Das Recht auf Verteidigerkonsultation im deutschen und türkischen Wehrdisziplinarrecht unter Berücksichtigung der Vorgaben des Art. 6 EMRK

Wer in einem staatlichen Verfahren beschuldigt wird, darf sich verteidigen. Dieser Grundsatz gehört zu den Grundprinzipien eines fairen Verfahrens und ist Teil unseres Rechtsstaatsverständnisses. Allerdings, und das macht es schwierig, wissen die meisten Menschen nicht, wie sie sich in solchen Situationen richtig und effektiv verteidigen können, sodass nur durch die Hilfestellung eines Verteidigers sichergestellt werden kann, dass der Beschuldigte auch wirklich ein faires Verfahren erhält.

Martin Manzel befasst sich mit der Frage, wie das Recht auf Verteidigerkonsultation im deutschen und türkischen Wehrdisziplinarrecht ausgestaltet wird und untersucht sämtliche Verfahrensabschnitte der militärischen Disziplinarverfahren beider Länder. Als gemeinsamer Rechtsrahmen, der sowohl in Deutschland als auch in der Türkei gilt, dient die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die in Art. 6 EMRK ebenfalls das Recht auf ein faires Verfahren garantiert. Während in der Türkei die Wehrdisziplinarrechtsreform von 2013 EMRK-Konformität herstellte, herrscht gerade in Deutschland diesbezüglich noch Handlungsbedarf.

2018, 396 S., 5 s/w Tab., kart.,
64,– €, 978-3-8305-3742-7
eBook PDF 978-3-8305-2191-4
(Deutsch-Türkische Rechtsstudien, Bd. 11)



Matthias Scharfe

Religions- und Ethikunterricht im bekenntnisneutralen Staat

Ein Rechtsvergleich zwischen Österreich und Deutschland

Die Regelung des Verhältnisses von Staat und Religion gilt als eine der komplexesten Herausforderungen der Verfassungsordnung. Besonders deutlich tritt dieses umstrittene Feld im Bereich der öffentlichen Schule, insbesondere im schulischen Religionsunterricht – der in ein Beziehungsvieleck aus Staat, Religionsgemeinschaften, Eltern und Schülern eingebettet ist – zu Tage.

Das Buch geht der Frage nach, ob ein Grundrechtsanspruch auf Religionsunterricht besteht und wenn ja, welchem Rechtsträger dieser zukommt. Weiters wird erörtert, wie der Unterricht rechtlich gestaltet sein muss und wie das Verhältnis zur religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates ist. Schließlich wird die rechtliche Situation des Religionsunterrichts in Österreich und Deutschland einem strukturellen Vergleich unterzogen.

2018, 439 S., geb.,
96,30 €, 978-3-8305-3798-4

Matthias Knauff,
Chien-hung Liu (Hrsg.)

Grundfragen des Verwaltungsverfahrensrechts im deutsch-taiwanesischen Rechtsvergleich

Öffentlich-rechtliche Verträge, Planfeststellung, Bürgerbeteiligung sowie der Umgang mit Verfahrensfehlern stellen Gesetzgebung und Rechtswissenschaft vor stetig neue Herausforderungen, bei deren Bewältigung die Rechtsvergleichung einen wichtigen Beitrag leisten kann. Dieser Band behandelt ebenso grundlegende wie aktuelle Themen des Verwaltungsverfahrensrechts, das sowohl in Deutschland als auch in Taiwan zu den Kerngebieten des Öffentlichen Rechts zählt. Unter anderem thematisieren die Autorinnen und Autoren aktuelle Fragen des Planfeststellungsrechts und die Übernahme des deutschen Verwaltungsverfahrensgesetzes in Taiwan. Matthias Knauff dokumentiert die Ergebnisse einer Tagung der Öffentlichrechtler der National Chung Cheng University und der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die am 2. Juli 2018 in Jena stattfand.

i. Vb. 2019, 978-3-8305-3974-2
eBook PDF 978-3-8305-4136-3
(Schriften des Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaften Jena, Bd. 25)

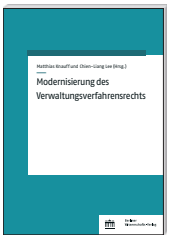
ÖFFENTLICHES RECHT

Matthias Knauff,
Chien-Liang Lee (Hrsg.)

Modernisierung des Verwaltungsverfahrensrechts

Die Modernisierung des Verwaltungsverfahrensrechts ist eine Daueraufgabe für Gesetzgeber und Rechtswissenschaft, die sich in Deutschland wie in Taiwan gleichermaßen stellt. Die Beiträge in diesem Band behandeln aus Sicht beider Länder grundlegende Fragen des Allgemeinen Verwaltungsrechts ebenso wie spezielle Problemstellungen aus dem Öffentlichen Wirtschaftsrecht und dem Sozialrecht sowie den Umgang mit Risiken jeweils aus der Perspektive der beteiligten Rechtsordnungen. Matthias Knauff dokumentiert die Ergebnisse des 3. deutsch-taiwanesischen vergleichenden Symposiums zum Öffentlichen Recht, das am 1. Oktober 2018 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena stattfand.

i. Vb. 2019, 978-3-8305-3977-3
eBook PDF 978-3-8305-4138-7



Reinhard Singer, Tania Bazzani (eds.)

The European Employment Policies: Current Challenges

The book provides an analysis of some aspects of the European employment policies, highlighting selected issues stemming from them, as well as offering some recommendations as to how best to achieve the greatest benefits for EU citizens. The authors focus on three different aspects of the issue: firstly, they outline the difficulties of the social dimension of the EU to be effective and to reach new achievements and suggest remarks for its strengthening; secondly, they explore new forms of work in the gig- and collaborative economy and possible ways to provide protection, which currently is lacking for workers; thirdly, the authors present a comparative analysis of labour market policies and provide elements for a proposal which might increase the European Union's legitimacy in the eyes of its citizens.

2018, 155 S., kart., engl.,
41,– €, 978-3-8305-3804-2
eBook PDF 978-3-8305-2977-4
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Zivilrecht, Bd. 76)

Tania Bazzani

European Employment Policies

Active and Passive LMPs, Domestic Implementation, Current Challenges

Tania Bazzani analyses the relationship between the European Union (EU) employment policies and their domestic implementation through the open method of coordination.
The first part of the book focuses on key concepts at the European level in active and passive labour market policies (LMPs) through their historical development. The second part of the book proposes an analysis of the EU employment policies implementation – in active and passive LMPs – in three Member States: Germany, Italy and Denmark.
By highlighting the different and common tendencies in the last reforms in the field adopted by the mentioned Member States, the book deals with the pending issues in the European Union employment policies implementation and suggests possible solutions.

2017, 210 S., kart., engl.,
44,– €, 978-3-8305-3805-9
eBook PDF 978-3-8305-2988-0
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Zivilrecht, Bd. 77)

AUCH ERHÄLTLICH ALS ITALIENISCHE AUSGABE

Tania Bazzani

Le Politiche Europee per l´Occupazione

Implementazione nazionale, politiche attive e passive, attuali sfide

2017, 220 S., kart., ital.,
44,– €, 978-3-8305-3806-6
eBook PDF 40,– €, 978-3-8305-2989-7

Krasimira Zuckerman

Missbräuchliche Arbeitsverhältnisse

Eine Untersuchung am Beispiel von Leiharbeit und Werkverträgen

Atypische Beschäftigungsverhältnisse liegen heutzutage deutlich im Trend. Auch wenn sie nicht allgemein ein Synonym für prekäre Beschäftigung sind, gilt für deren Erscheinungsformen – Leiharbeit und Beschäftigung auf der Basis von Scheinwerkverträgen – oft das Gegenteil.

Die Missstände, die durch die Zweckentfremdung von Leiharbeit und Werkverträgen – an sich unabdingbare Instrumente der arbeitsteiligen Wirtschaft – entstehen, wurden vom Gesetzgeber erkannt und führten unter anderem zu einer umfassenden Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG).

Inwiefern hat dieser neue rechtliche Rahmen die geltende Rechtslage geändert? Gehören derartige missbräuchliche Vertragsgestaltungen nun der Vergangenheit an? Wie lassen sich Leiharbeit und Werkverträge auf ihre Kernfunktion zurückführen?

Diese und andere Fragen beantwortet Krasimira Zuckerman aus rechtswissenschaftlicher Perspektive, ohne den historischen und gesellschaftspolitischen Kontext aus dem Blick zu lassen.

2019, 202 S., kart.,
43,– €, 978-3-8305-3945-2
eBook PDF 978-3-8305-4103-5
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Zivilrecht, Bd. 78)

Katharina Reinhardt

Korruption im Gesundheitswesen

Zur Strafbarkeit von Ärzten bei Kontakten mit der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie de lege lata und de lege ferenda

Korruption im Gesundheitswesen – kaum ein anderes Thema hat spätestens seit der Grundsatzentscheidung des Großen Senats für Strafsachen beim BGH im März 2012 sowohl in den Rechtswissenschaften als auch in Politik und Medien gleichermaßen für Diskussionen gesorgt.

Katharina Reinhardt nähert sich dem Thema unter dem Gesichtspunkt der Strafbarkeit von Ärzten bei Kontakten mit der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie. Ausgehend von einer Darstellung der relevanten sozialrechtlichen Grundlagen untersucht sie zunächst die Erfassung korruptiver Verhaltensweisen unter dem bis zum Juni 2016 geltenden StGB. Dabei zeigt sich, dass die in den Blick genommenen Kooperationsformen nur rudimentär und im Hinblick auf die verschiedenen Ärztegruppen zudem ungleich erfasst sind. Vor diesem Hintergrund betrachtet sie anschließend die in diesem Bereich unternommenen gesetzgeberischen Aktivitäten ausführlich und schließt mit einer Darstellung des nunmehr geltenden § 299a StGB.

2018, 394 S., kart.,
68,– €, 978-3-8305-3802-8
eBook PDF 978-3-8305-2987-3
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Strafrecht, Bd. 47)

Rüdiger Pfaffendorf

Die Strafbarkeit grenzüberschreitender Verletzungen von Rechten am geistigen Eigentum innerhalb der Europäischen Union

Das Internet ermöglicht mittlerweile, riesige Datenmengen ungehindert von Landes- oder Zollgrenzen in Sekundenschnelle weltweit zu verbreiten. Längst hat sich eine organisierte Kriminalität herausgebildet, die dies nutzt, um durch Schutzrechtsverletzungen ohne großen Aufwand riesige Gewinne zu erwirtschaften.
Das Territorialitätsprinzip beschränkt hier – im Zusammenwirken mit dem europäischen ne-bis-in-idem-Grundsatz – die Möglichkeit der Bestrafung grenzüberschreitender Schutzrechtsverletzung erheblich.
Der Verfasser greift Fallgruppen grenzüberschreitender Verletzungen von Rechten am geistigen Eigentum heraus, anhand derer er die Defizite des strafrechtlichen Schutzes dieser Rechte aufgezeigt und Möglichkeiten zu deren gesetzgeberischen Beseitigung entwickelt. Dabei geht er auch darauf ein, wie die Europäische Union durch die Fortentwicklung legislativer Maßnahmen die Beseitigung der festgestellten Defizite ausgestalten könnte.

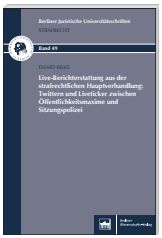
2018, 285 S., kart.,
52,– €, 978-3-8305-3900-1
eBook PDF 978-3-8305-4058-8
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Strafrecht, Bd. 48)

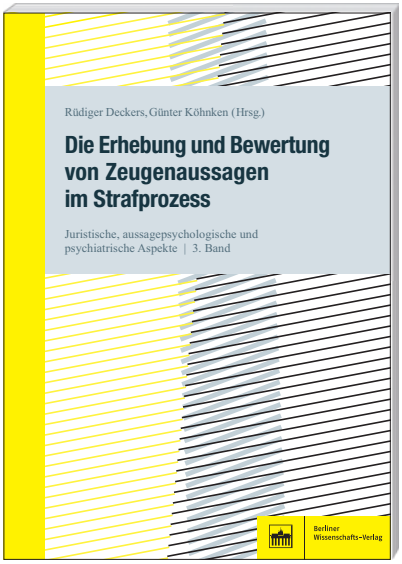
David Rieks

Live-Berichterstattung aus der strafrechtlichen Hauptverhandlung: Twittern und Liveticker zwischen Öffentlichkeitsmaxime und Sitzungspolizei

Strafrechtliche Hauptverhandlungen sind, so bestimmt es das Gerichtsverfassungsgesetz, öffentlich zu führen. Seit den 1960er Jahren gilt dies mit der Einschränkung, dass eine Fernseh- und Tonrundfunkberichterstattung aus der Hauptverhandlung unzulässig ist. Diese Grundabwägung blieb auch mit der Einführung des EMöGG im Jahr 2017 in den wesentlichen Zügen unangetastet. Die digitalisierte Medienlandschaft ermöglicht es heutzutage allerdings, dass über sogenannte schriftliche „Live-Ticker“ nahezu ohne Zeitverzögerung aus dem Gerichtssaal über den Verhandlungsstand berichtet werden kann. Von diesem Berichterstattungsformat wird in der Praxis rege Gebrauch gemacht. An einer einheitlichen Reaktion der Gerichte auf dieses neuartige Phänomen fehlt es hingegen. Der Autor überprüft mit der gegenständlichen Untersuchung, inwiefern ein solches Berichterstattungsformat rechtlich zulässig ist. Er nimmt dabei zum einen dessen Berechtigung unter der Öffentlichkeitsmaxime in den Blick und diskutiert zum anderen die Möglichkeit einer etwaigen Untersagung unter dem Regime der Sitzungspolizei.

2018, 367 S., kart.,
60,– €, 978-3-8305-3927-8
eBook PDF 978-3-8305-4090-8
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Strafrecht, Bd. 49)





Rüdiger Deckers,
Günter Köhnken (Hrsg.)

Die Erhebung und Bewertung von Zeugenaussagen im Strafprozess

Prozesse mit Opferbeteiligung sind häufig dadurch gekennzeichnet, dass sich die (bestreitende) Erklärung des Angeklagten und die belastende Aussage der Zeugen gegenüberstehen. Das den Anklagevorwurf prüfende Gericht steht vor besonderen Schwierigkeiten, ein richtiges Urteil zu finden.

Mit Band 3 von „Die Erhebung und Bewertung der Zeugenaussage im Strafprozess" setzt der Arbeitskreis „Psychologie im Strafverfahren" seine Veröffentlichungen für Praktiker fort.

Die enthaltenen Beiträge befassen sich mit der Problematik aus verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen und spiegeln den interdisziplinären Dialog wider, der sich im Schwerpunkt um die aussagepsychologische und beweiswürdigende Erhebung und Bewertung von Aussagen im Strafverfahren rankt.

Das Buch wendet sich an Juristen aller Fachrichtungen, die sich mit dem Strafprozess beschäftigen, wie auch an Psychologen, die auf dem Gebiet der Rechtspsychologie sowie dem der Aussagepsychologie wissenschaftlich und praktisch arbeiten.

Die Herausgeber Deckers und Köhnken stehen für einen reichen Erfahrungsschatz in Theorie und Praxis.

2018, 240 S., 2 s/w Abb., kart.,
39,– €, 978-3-8305-3916-2
eBook PDF 879-3-8305-4074-8

DIE HERAUSGEBER

Dr. h. c. Rüdiger Deckers, geb. 1947, Studium der Rechtswissenschaften in Münster, Lausanne und Bochum. Seit 1976 Rechtsanwalt. Seit 2000 Leitung des Arbeitskreises Psychologie im Strafverfahren.

Prof. Dr. em. Günter Köhnken, geb. 1948, Studium der Psychologie in Kiel. Nach Tätigkeiten an der Universität in Marburg sowie der University of Portsmouth ab 1994 Professor für psychologische Diagnostik und Persönlichkeitspsychologie in Kiel.

AUS DEM INHALT

Fehlerquellen in aussagepsychologischen Gutachten | Die Entdeckung der Scheinerinnerung | Erlebnis und Gedächtnis | Zur Frage der Aussagetüchtigkeit des jugendlichen und des heranwachsenden Zeugen | Wahrnehmungslenkende Funktion der Sprache im Strafprozess – Verfahrensbalance durch kommunikative Autonomie | Glaubhaftigkeitsprüfung 2018 | Die Reform des Sexualstrafrechts nach dem 50. StrÄndG | Offene Kommunikation im Strafverfahren – Ausweg aus dem Dealemma?

9 783830 539162

Hans Achenbach

Grundfragen des Wirtschaftsstrafrechts

Ausgewählte Abhandlungen

Herausgegeben von Prof. Dr. Christian Schröder

Prof. em. Dr. Hans Achenbach war als erster Professor des 1980 neu gegründeten Fachbereiches Rechtswissenschaften in Osnabrück maßgeblich an der Entwicklung des Studienfachs Wirtschaftsstrafrecht beteiligt – ein Fachgebiet, dem er zahlreiche Publikationen widmete.

Mit diesem Buch hält der Leser eine Zusammenstellung wichtiger Aufsätze von Hans Achenbach in den Händen, die grundsätzlichen und fortwährend aktuellen Fragen des Wirtschaftsstrafrechts und des Rechts der Wirtschaftsordnungswidrigkeiten nachgehen.

Der Band beginnt mit Beiträgen zur Definition und Umgrenzung sowie zur Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts. Er wendet sich dann Grundfragen wie dem Verhältnis von Haftung und Ahndung, dem Vermögensbegriff und dem Strafrecht als Mittel der Wirtschaftslenkung zu. Es folgen Überlegungen zur Funktion und Problematik „großer", also gesetzlich mit sehr hohen Geldbußen bedrohter Ordnungswidrigkeiten. Der letzte Teil gilt den Sanktionen gegen Unternehmen und ihr Personal, insbesondere der Regelung und den Problemen der Geldbuße gegen die Rechtsträger von Unternehmen und der Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen.

2018, 227 S., 1 s/w Abb., kart.,
47,– €, 978-3-8305-3811-0
eBook PDF 978-3-8305-2241-6

Pablo Aranda Aliaga

Ley y realidad de vida

Condiciones de la Defensa Penal Pública en la Justicia de Menores Chilena

Gesetz und Lebenswirklichkeit

Bedingungen öffentlicher Strafverteidigung im chilenischen Jugendstrafrecht

„Öffentliche Strafverteidigung" ist eine Rechtsfigur besonderer Art, die in Chile eine reformorientierte, normative Reaktion auf den Untergang des Rechts während der Militärdiktatur des Pinochet-Regimes war. Heute gilt in Chile: Wer in Konflikt mit dem strafenden Staat kommt, soll nicht mehr schutzlos sein. Das hat der Staat durch einen öffentlich angestellten, aber unabhängigen Verteidiger zu garantieren. Dr. Pablo A. Aranda Aliaga präsentiert als Chef der Staatlichen Strafverteidigung für Jugendliche in Chile eine wissenschaftliche Analyse über Licht und Schatten dieser weltweiten Institution *sui generis*.

Seine Untersuchung ist ein gelungenes Beispiel dafür, dass wissenschaftliche Arbeiten, die nicht im eng verstandenen Sinn rechtsvergleichend sind, die internationale Diskussion anregen können. Das gilt hier für die vermutlich ubiquitären Defizite und Schwächen des tendenziell zu stark intervenierenden Jugendstrafrechts, es gilt aber auch für den innovativen Einsatz einer Institution öffentlicher Strafverteidigung, die das Potenzial hat, die Strafverteidigung von den Gesetzen des Marktes zu befreien.

2018, 229 S., 8 s/w Abb.,
12 s/w Tab., kart., span./dt.,
45,– €, 978-3-8305-3902-5
eBook PDF 978-3-8305-4060-1
(Gesellschaft versus Recht)

Edmund Brandt (Hrsg.)

Materialien zur Energiewende

Zusammengestellt und eingeleitet von Edmund Brandt

Energiewende – in der politischen Diskussion wird damit unendlich viel verbunden: vom Klimaschutz über Energieeffizienz bis hin zur Verkehrswende. Analytisch fassbar ist das kaum noch, deshalb erscheint es geboten, sich auf dasjenige zu besinnen, was die Energiewende im Kern ausmacht – den Ausstieg aus der Nutzung nicht erneuerbarer Brennstoffe, insbesondere aus der Kernenergie, und den Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Indes ist auch mit einer solchen Konturierung das Themenfeld noch höchst komplex. Es fällt schwer, einen Überblick über die maßgeblichen politischen und rechtlichen Stellschrauben zu gewinnen.

Hier setzt der vorliegende Band an, der supranationale und nationale politische Absichtserklärungen sowie wesentliche Gesetze versammelt, ergänzt um Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und Materialien, die den inzwischen erreichten Stand der Energiewende dokumentieren.

Abgerundet wird die Materialiensammlung durch eine Einleitung und Literaturhinweise.

2018, 553 S., 23 s/w Abb., kart.,
70,– €, 978-3-8305-3869-1
eBook PDF 978-3-8305-4051-9
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, 2/2018)

Ulrich Smeddinck (Hrsg.)

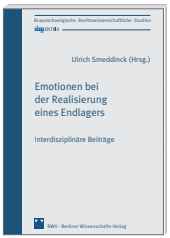
Emotionen bei der Realisierung eines Endlagers

Interdisziplinäre Beiträge

Die Realisierung eines Endlagers für Atommüll scheiterte wiederholt am gesellschaftlichen Widerstand. Zu hierarchisch und technokratisch ist die Herangehensweise von Politik, Verwaltung, Experten und Unternehmen, die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung abwerten oder verdrängen.

Vor diesem Hintergrund greifen die Autoren die Emotionen bei der Realisierung eines Endlagers als längst überfälliges wissenschaftliches Thema auf. Sie untersuchen die Reaktionen und Positionen der Bevölkerung aus psychologischer, historischer, politikwissenschaftlicher, philosophischer und rechtlicher Perspektive. Dabei geht es primär um die Frage, ob und inwieweit Emotionen überhaupt erst einen oder einen neuen veränderten Stellenwert im Diskurs um ein Endlager erhalten sollten. Wichtig ist aber auch aufzuzeigen, wo die Grenzen der Berücksichtigung von Emotionen liegen.

2018, 218 S., 4 s/w Abb., 1 s/w Tab., kart.,
42,– €, 978-3-8305-3843-1
eBook PDF 978-3-8305-4013-7
(ENTRIA)



Konrad Ott, Ulrich Smeddinck (Hrsg.)

Umwelt, Gerechtigkeit, Freiwilligkeit – insbesondere bei der Realisierung eines Endlagers

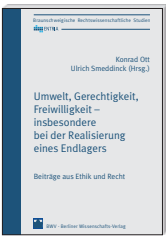
Beiträge aus Ethik und Recht

Fragen des Umweltschutzes und der Gerechtigkeit verschränken sich in ungewöhnlicher Weise, wenn es gilt, ein Endlager für Atommüll zu realisieren. Auch wenn es zunächst provokativ klingen mag, so ist nicht auszuschließen, dass eine Gemeinde, eine Region sich „freiwillig" bereitfinden könnte, eine solche Anlage in der eigenen Nachbarschaft aufzunehmen.

Wegbereiter für einen solchen Ansatz sind internationale Bemühungen, konzeptionelle Vorarbeiten und darauf bezogene Regelungen im Standortauswahlgesetz, die die Belastungen einerseits anerkennen und andererseits mit der Verknüpfung von Maßnahmen zur sozio-ökonomischen Regionalentwicklung ausgleichen wollen.

Der vorliegende Band fächert mit Beiträgen aus Sicht von Ethik und Recht die Facetten der Thematik vom Grundsatz zu speziellen Ausprägungen auf.

2018, 162 S., 3 s/w Tab., kart.,
36,– €, 978-3-8305-3848-6
eBook PDF 978-3-8305-4018-2
(ENTRIA)



Neven Longin Josipovic

Bewertung der möglichen Störung von Drehfunkfeuern durch Windenergieanlagen nach § 18a Abs. 1 LuftVG

Eine Vielzahl an Windenergieprojekten wird aufgrund befürchteter Beeinträchtigungen von Funknavigationsanlagen der Typen VOR und DVOR nicht genehmigt. Die luftverkehrsrechtliche Hürde verschärft den bestehenden Handlungs- und Investitionsdruck in der Windenergiebranche. Es besteht die Notwendigkeit, die offenen Fragen im Spannungsfeld zwischen Flugsicherung und Windenergie zu klären. Der zentrale rechtliche Anknüpfungspunkt ist § 18a Abs. 1 S. 1 LuftVG, der primär dem Schutz von Flugsicherungseinrichtungen vor möglichen schädlichen Beeinflussungen („Störungen") dient. Die Norm enthält ein Tatbestandsmerkmal, bei dessen Vorliegen die Errichtung eines Bauwerks verboten ist. Über die Voraussetzungen für das Vorliegen des Tatbestandsmerkmals bestehen verschiedene Ansichten. Mit der Arbeit wird daher die Frage beantwortet, wann das in § 18a Abs. 1 S. 1 LuftVG aufgeführte Tatbestandsmerkmal „… wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können" als Voraussetzung für das Errichtungsverbot für Windenergieanlagen im Umfeld von Drehfunkfeuern erfüllt ist.

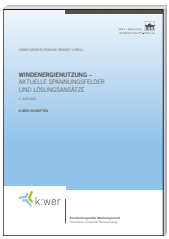
2018, 154 S., 5 s/w Abb., 3 s/w Tab., geb.,
43,– €, 978-3-8305-3834-9
eBook PDF 978-3-8305-2999-6
(k:wer-Schriften)

**Janko Geßner,
Edmund Brandt (Hrsg.)**

Windenergienutzung – aktuelle Spannungsfelder und Lösungsansätze

Die Umsetzung von Windkraftvorhaben ist auch in den vergangenen Jahren nicht einfacher geworden. Die Auseinandersetzungen mit Genehmigungsbehörden, Fachbehörden, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen haben weiter zugenommen. Zu den weiterhin und zunehmend aktuellen Themen gehören z. B. die Ausweisung von Konzentrationszonen in der Regionalplanung, der Natur- und Artenschutz, das Helgoländer Papier, der Denkmalschutz, rechtliche und technische Aspekte bei Flugnavigationsanlagen und Wetterradar, Risiken durch Eisabwurf und die Rolle des externen Projektmanagers im Genehmigungsverfahren. Diesen Themen widmete sich die gemeinsam von DOMBERT Rechtsanwälte und der Koordinierungsstelle Windenergierecht an der TU Braunschweig (k:wer) veranstaltete Tagung „Aktuelle Herausforderungen der Windenergieplanung".
Der Tagungsband fasst die Erkenntnisse in überarbeiteter Form zusammen. Er soll zugleich einen Überblick über die aktuellen Diskussionen in Rechtsprechung und Fachliteratur geben.

2. Aufl. 2019, 183 S., 8 s/w Abb.,
22 farb. Abb., 2 s/w Tab., kart.,
35,– €, 978-3-8305-3953-7
eBook PDF 978-3-8305-4116-5
(k:wer-Schriften)



Edmund Brandt (Hrsg.)

Jahrbuch Windenergierecht 2018

Mit dem jeweils zum Jahresbeginn vorgelegten Jahrbuch wird das Ziel verfolgt:

- zu aktuellen Fragen des Windenergierechts Stellung zu nehmen,
- Beiträge zur Konturierung des Rechtsgebiets zu leisten,
- die im Newsletter WER-aktuell dokumentierten Informationen gebündelt zu präsentieren.

Im Jahrbuch 2018 beschäftigen sich die Fachbeiträge mit kommunaler Teilhabe an der lokalen Wertschöpfung der Windenergie und hier insbesondere mit dem Instrument einer Außenbereichsabgabe, mit dem Konzessionsvertrag als einem Baustein kommunaler Energiepolitik zur Unterstützung der Windenergie, mit den Perspektiven von Bürgerenergiegesellschaften nach der Änderung des EEG vom 17.07.2017, mit der Bewertung möglicher DVOR-Störungen durch Windenergieanlagen nach § 18a LuftVG und mit einer rechtssoziologischen Betrachtung des Themas Windenergie vor Gericht.
Eine Dokumentation von (rechts-)politischen Entwicklungen, Gerichtsentscheidungen und Literatur schließt den Band ab.

2019, 524 S., 12 Abb., 7 Tab., geb.,
69,– €, 978-3-8305-3941-4
eBook PDF 978-3-8305-4099-1
(k:wer-Jahrbuch)

Neven Josipovic

Windenergie und Drehfunkfeuer

Stand der Wissenschaft und Perspektiven

Die Anforderung des § 18a Abs. 1 S. 1 LuftVG stellt eine der größten Hürden für den Ausbau der Windenergie an Land dar. Die Norm untersagt die Errichtung von Bauwerken, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Am häufigsten sind Windenergieanlagen im Umfeld sogenannter Drehfunkfeuer betroffen. Seit Jahren diskutieren Wissenschaft und Praxis darüber, wie die Norm zu interpretieren ist und wie sich mögliche Störungen prognostizieren und bewerten lassen. Teilweise wird die Meinung vertreten, die Wissenschaft sei sich in vielen Punkten nicht einig und die Bewertungsmethodik der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) sei vertretbar. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Methodik der DFS unter der Bedingung bestätigt, dass die ihr zugrunde liegenden Annahmen durch wissenschaftliche Gegenpositionen nicht substanziell in Frage gestellt werden. Neven Josipovic klärt, in welchen Punkten sich ein wissenschaftlicher Konsens erkennen lässt und ob die Argumentation der DFS vor dem Hintergrund noch vertretbar ist.

2018, 43 S., 9 s/w Abb., 3 s/w Tab., kart., 13,– €, 978-3-8305-3911-7
eBook PDF 978-3-8305-4069-4
(k:wer-Texte)

k:wer

Die Koordinierungsstelle Windenergierecht (k:wer) der Technischen Universität Braunschweig leistet Beiträge dazu, konkrete Probleme auf dem Gebiet des Windenergierechts zu bewältigen und die rechtsdogmatische Durchdringung und Entfaltung des Rechtsgebiets voranzubringen. Dafür sind die Jahrbücher, die k:wer-Schriften und die k:wer-Texte von zentraler Bedeutung:

– In den Jahrbüchern wird die Entwicklung des Rechtsgebiets resümiert und kommentiert und in Einzelbeiträgen ausgewählten windenergierechtlichen Fragestellungen nachgegangen. Sie enthalten außerdem in komprimierter Form die jeweiligen sechs Ausgaben des elektronischen Newsletters WER-aktuell.

ISSN Print 2367-2862
ISSN Online 2367-2870

– Die k:wer-Schriften setzen sich aus Überblicksdarstellungen, Monographien und Sammelbänden zusammen.

ISSN Print 2367-2889
ISSN Online 2367-2897

– Die k:wer-Texte enthalten Stellungnahmen zu Einzelfragen, mit Einführungen und Erläuterungen versehene Dokumentationen sowie Tagungsbände.

ISSN Print 2367-2900
ISSN Online 2367-2919

KOORDINIERUNGSSTELLE WINDENERGIERECHT (K:WER)

Gesamtleitung und Gesamtherausgeberschaft:
Edmund Brandt

Schriftleitung:
Bernd Günter

www.k-wer.net

Lara Schmidt

Ausgewählte Entwicklungen im Kreislaufwirtschaftsrecht

Lara Schmidt präsentiert ausgewählte Entwicklungen im Recht der Kreislaufwirtschaft. Neben der Vorstellung von Neuerungen gibt sie einen Überblick der Konsequenzen, die aus den Änderungen auf europäischer Ebene für das deutsche Recht resultieren. Im Zentrum steht dabei die Überarbeitung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie, die neben der Anpassung von Begriffsbestimmungen oder der Straffung von Recyclingzielen auch die erweiterte Herstellerverantwortung konkretisiert. Ein Materialteil ergänzt die Ausführungen.

2019, 81 S., 2 s/w Tab., kart.,
26,– €, 978-3-8305-3947-6
eBook PDF 978-3-8305-4106-6
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, 1/2019)

VORANKÜNDIGUNG

Lara Schmidt

Unionsrechtliche Vorgaben für den Umgang mit Verpackungen und zur Vermeidung von Kunststoffen

Eine Betrachtung aktueller Entwicklungen

i. Vb. 2019, 978-3-8305-3970-4
eBook PDF 978-3-8305-4132-5
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, 3/2019)

Lothar Hagebölling (Hrsg.)

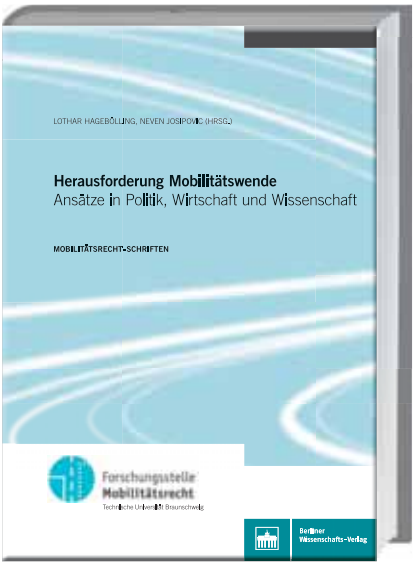
Mobilitätswende in Deutschland

Perspektiven und rechtliche Herausforderungen

Die Mobilitätswende stellt eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. Entsprechend heftig wird der Beitrag unterschiedlicher Mobilitätsträger zur Befriedigung von Bewegungsbedürfnissen und zum Gütertransport gegenwärtig unter technischen, umweltpolitischen und ethischen Aspekten, aber auch mit Blick auf eine nachhaltige Inanspruchnahme von Ressourcen diskutiert. Hinsichtlich des Schutzes von Leben und Gesundheit der Menschen und der Umwelt sowie wirtschaftlicher Rahmenbedingungen stellen sich zahlreiche Fragen, deren Beantwortung eine interdisziplinäre Herangehensweise erfordert.

Einige davon greifen die Autoren im vorliegenden Sammelband auf. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den rechtlichen Herausforderungen, die sich durch das rasante Tempo der technischen Entwicklungen, insbesondere Digitalisierung und Automatisierung, ergeben. Außerdem untersuchen sie die Möglichkeiten, Nachhaltigkeit in der Mobilität zu verwirklichen sowie die künftige Rolle etablierter Verkehrsträger.

2017, 95 S., geb.,
32,– €, 978-3-8305-3819-6
eBook PDF 978-3-8305-2251-5
(Mobilitätsrecht-Schriften)



MIT BEITRÄGEN VON

Stephan Weil | Weert Canzler | Ludger Koopmann | August Markl | Christian Pegel | Gerhard Prätorius | Edmund Brandt | Marc Engelmann | Neven Josipovic | Philipp Laux

AUS DEM INHALT

Die Mobilitätswende und der Wandel in der Automobilwirtschaft | Keine Energiewende ohne Mobilitätswende | Die urbane Verkehrswende mit dem Fahrrad im Mittelpunkt | Mobilität der Zukunft: Evolution oder Revolution? | Öffentliche Mobilität in ländlichen Räumen | Kritische Erfolgsfaktoren für eine Mobilitätswende in Deutschland | Zum Bedeutungsgehalt von § 2 Abs. 7 PBefG | Fahrzeug oder Kraftfahrzeug? Die Differenzierung von Fahrzeugen nach dem Straßenverkehrsrecht | Lastkraftwagen-Platooning auf Autobahnen. Ansatzpunkte für eine Änderung der Abstandsregel des § 4 Abs. 3 StVO | § 63a StVG – Datenverarbeitung im Kraftfahrzeug

Lothar Hagebölling, Neven Josipovic (Hrsg.)

Herausforderung Mobilitätswende

Ansätze in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

Der Begriff Mobilitätswende repräsentiert eine Vorstellung der Zukunft, in der Menschen ihr Bedürfnis nach Mobilität auf immer einfachere Weise befriedigen können. Gleichzeitig umfasst er auch die Idee, Mobilität im Einklang mit ökologischen Anforderungen zu gestalten und somit einen Beitrag zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten. Immer deutlicher wird, dass eine echte Wende nur möglich sein kann, wenn sich die einzelnen Akteure mehr als bisher vernetzen. Nicht zuletzt scheint eine zentrale Herausforderung darin zu liegen, gewohnte Mobilitätsvorstellungen zu hinterfragen und offen für neuartige Ansätze zu sein. Der Sammelband setzt an der Stelle an und bietet Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ein Forum, eigene Ideen vorzustellen und einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zugänglich zu machen. Die Autoren berücksichtigen dabei ein breites Spektrum an Verkehrsträgern – vom Fahrrad bis zum Lastkraftwagen. Sie liefern Antworten auf die Fragen, wie Entscheidungsträger den Wandel der Mobilität aktiv gestalten und dabei globale Trends berücksichtigten können.

2018, 137 S., 9 s/w Abb., 1 s/w Tab., geb., 39,– €, 978-3-8305-3882-0
eBook PDF 978-3-8305-4007-6
(Mobilitätsrecht-Schriften)

Edmund Brandt,
Henriette Hagebölling (Hrsg.)

Vorschriftensammlung Mobilitätsrecht

Die Mobilitätswende ist primär ein politisch-administratives Projekt, das ohne ein rechtliches Fundament jedoch nicht erfolgreich sein kann. Wie es darum bestellt ist und wo angeknüpft werden kann, ist allerdings unklar: Die einzelnen Mobilitätsträger stehen isoliert nebeneinander, die jeweiligen Regelungsansätze sind völlig unterschiedlich.

Mit der Vorschriftensammlung Mobilitätsrecht wird erstmals versucht, den Normenbestand insgesamt zu erfassen und bezogen auf die einzelnen Mobilitätsträger einen unkomplizierten Zugang zu den maßgeblichen Bestimmungen zu ermöglichen.

Im Anschluss an eine Einleitung mit einer Reihe von begrifflichen Klärungen sowie rechtspolitischen und -systematischen Erläuterungen bilden die übergreifenden international-, europa- und verfassungsrechtlichen Bestimmungen den ersten Schwerpunkt der Sammlung. Daran schließen sich die vornehmlich auf Bundesebene angesiedelten Vorschriften für die einzelnen Mobilitätsträger an, also Normierungen für Fußgänger, den Rad-, Kraft-, Flug-, Schiffs- bis hin zum Schienenverkehr.

2019, 688 S., kart.,
79,– €, 978-3-8305-3906-3
eBook PDF 978-3-8305-4064-9
(Mobilitätsrecht-Texte)

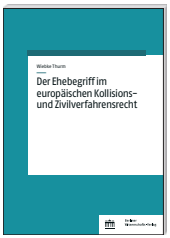
9 783830 539063

Wiebke Thurm

Der Ehebegriff im europäischen Kollisions- und Zivilverfahrensrecht

Die europäischen Verordnungen zum internationalen Familienrecht (Brüssel IIa-VO, Rom III-VO, EuUntVO, EuGüVO) beschreiben ihren sachlichen Anwendungsbereich mit der „Ehe“, ohne den Begriff zu definieren. Aufgrund divergierender Entwicklungen im materiellen Recht der EU-Mitgliedstaaten ist der Inhalt des Ehebegriffs keineswegs mehr selbsterklärend. Wie nun aber hat ein Richter, der die Anwendbarkeit einer der Verordnungen prüft, den Begriff zu verstehen? Wiebke Thurm nähert sich der Frage unter Rückgriff auf die Methode der unionsautonomen Begriffsbildung des EuGH, bei der die Rechtsvergleichung und im Familienrecht auch die europäischen Grundrechte eine wesentliche Rolle spielen. Auf der Grundlage des so destillierten Begriffsinhalts wendet sie den Blick in die Zukunft und fragt, ob nicht der Anwendungsbereich der Verordnungen mit einem weiteren Begriff als jenem der Ehe beschrieben werden sollte.

i. Vb. 2019, 978-3-8305-3972-8
eBook PDF 978-3-8305-4134-9



9 783830 539728

Miriam Beringmeier

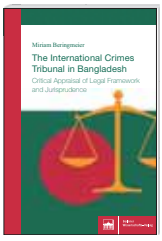
The International Crimes Tribunal in Bangladesh

Critical Appraisal of Legal Framework and Jurisprudence

The International Crimes Tribunal in Bangladesh was established in 2010 with the aim of bringing to trial perpetrators of crimes committed during the Liberation War in 1971, through which the country seceded from Pakistan. The International Crimes Tribunal is a domestic tribunal based on the International Crimes Tribunals Act from 1973 and the Rules of Procedure enacted by the Tribunal itself.

The initiation of these trials almost 40 years after the war entails several challenges. The publication examines to what extent the Tribunal's legal framework as well as its jurisprudence comply with international standards as established in international treaties, customary international law and in the jurisprudence of international criminal law. To this end, the substantive law and its interpretation as well as the procedural standards applied at these trials are examined thoroughly. At the same time, the analysis takes into account the political environment surrounding the Tribunal's work and assesses its impact on the country's process of coming to terms with the past.

2018, 326 S., kart., engl.,
57,– €, 978-3-8305-3860-8
eBook PDF 978-3-8305-4030-4



MENSCHENRECHTE | VÖLKERRECHT

Begründet von Niklas Wagner, Holger Raasch, Thomas Pröpstl

Überarbeitet und aktualisiert von Dr. Christian Oelfke

Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961

Kommentar für die Praxis

Mehr als 190 Staaten sind dem Wiener Übereinkommen mittlerweile beigetreten und wenden seine Regelungen im diplomatischen Alltag an. Der jetzt umfassend überarbeitete und aktualisierte Kommentar bietet dem Rechtsanwender für die Praxis Erläuterungen zu den Vorschriften. Dabei werden zentrale Themen wie die Immunität des Diplomaten, die Unverletzlichkeit der diplomatischen Mission sowie der Schutz des diplomatischen Kuriers ausführlich und unter besonderer Berücksichtigung der hierzu ergangenen deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung behandelt. Vielfältige Hinweise auf die Praxis des Auswärtigen Amtes aber auch anderer auswärtiger Dienste runden die Darstellung ab.

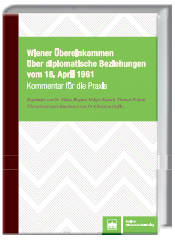
2018, 398 S., 6 s/w Tab., geb.,
67,– € 978-3-8305-3837-0
eBook PDF 978-3-8305-4010-6

ENGLISCHE AUSGABE

Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961

Commentaries on Practical Application

2018, 400 S., 6 s/w Tab.,
67,– € 978-3-8305-3863-9
eBook PDF 978-3-8305-4032-8



ZEITSCHRIFT

Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.)

Humanitäres Völkerecht | HuV

Journal of International Law of Peace and Armed Conflict

„Humanitäres Völkerrecht“ widmet sich den Herausforderungen gegenwärtiger bewaffneter Konflikte und behandelt die vielfältigen und aktuellen Aspekte des Humanitären Völkerrechts und seiner Nachbargebiete, des internationalen Menschenrechtsschutzes, des Völkerstraftrechts sowie die praktischen Herausforderungen von humanitärer Hilfe und Friedenseinssätzen.

REDAKTION

Hans-Joachim Heintze | Laura Hofmann | Pierre Thielbörger | Robert Heinsch

ERSCHEINUNGSWEISE

Halbjährlich.

BEZUGSPREISE*

Privatbezieher und DRK-Mitglieder:
- Abonnement Print jährl. 49,– €
- Abonnement Print + Digital jährl. 78,40 €
- Einzelheft 28,– €

Institutionen:
- Abonnement Print jährl. 78,– €
- Abonnement Print + Digital jährl. (mit IP-Zugang) 185,70 €
- Einzelheft 41,– €

Versandkosten jährl. Abonnement:
- Inland 7,90 € | Ausland 13,90 €
- Direktversand: zzgl. 2,– €

* Alle Preise inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten bei Printausgaben.

ISSN Print 2625-719X
ISSN Online 2625-7203

ASYLRECHT

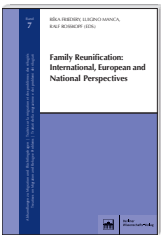
Réka Friedery, Luigino Manca, Ralf Roßkopf (eds.)

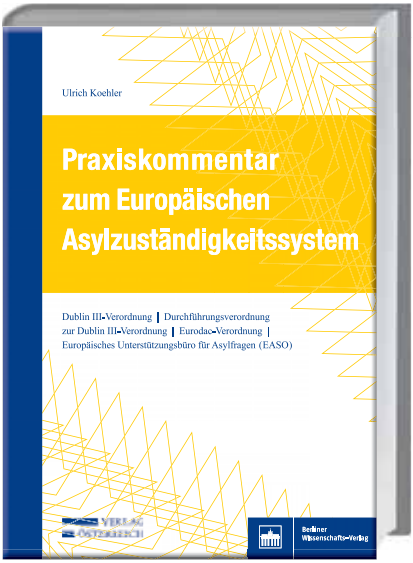
Family Reunification

International, European and National Perspectives

Family reunification is one of the fundamental elements of international and national policies concerning the protection of immigrants' and refugees' rights. Traditionally considered a way of legally gaining access to states, it continues to be one of the main driving causes for migration, also within Europe. Collecting interdisciplinary researches, the authors of this study provide an in-depth analysis of the current legal framework relating to family reunification. The first section is dedicated to a critical analysis of international legal standards concerning family reunification. In this context, the investigation was conducted through a multi-level approach, mainly taking into account the law and the practice of the United Nations Organization, the Council of Europe and the European Union. The second section focuses on national legislations, policies and practices of the EU Member States (Austria, Germany, Hungary and Italy) that are at the center of attention because of their involvement in migration.

2018, 174 S., kart, engl.,
51,– €, 978-3-8305-3823-3
eBook PDF 978-3-8305-4007-6
(Abhandlungen zu Migration und Flüchtlingsfragen, Bd. 7)





DER AUTOR

StS a. D. Rechtsanwalt Ulrich Koehler, geb. 1954, Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen, 1987 Referent beim Deutschen Studentenwerk (Bonn), Dezember 1987 bis März 1991 Landesgeschäftsführer der FDP Niedersachsen; 1991–2002 Abteilungsleiter im Umwelt-, Landwirtschaft- und Raumordnungsministerium des Landes Sachsen-Anhalt, 2002–2006 Staatssekretär der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt; seit 2006 selbständiger Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentum.

AUS DEM INHALT

Einführung – Die Entwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylzuständigkeitssystems (GEAS) | Dublin III-Verordnung | Dublin III-Verordnung – Kommentar | Durchführungsverordnung zur Dublin III-Verordnung – Text | Durchführungsverordnung zur Dublin III-VO – Kommentar | Eurodac-Verordnung – Text mit Erläuterungen | Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) – Text | Dublin II-VO – Text

Ulrich Koehler

Praxiskommentar zum Europäischen Asylzuständigkeitssystem

Dublin III-Verordnung | Durchführungsverordnung zur Dublin III-Verordnung | Eurodac-Verordnung | Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)

Das Europäische Asylzuständigkeitssystem, unter dem Begriff „Dublin III-VO“ bekannt, legt die Kriterien und das Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedsstaates fest, der für einen Asylbewerber und dessen Asylverfahren zuständig ist. War das Rechtsgebiet früher wenigen Spezialisten vorbehalten, so treffen diese Rechtsnormen seit der Flüchtlingskrise 2015/2016 nicht nur zahlreiche Bereiche der staatlichen Rechtspflege, sondern auch alle Behörden und Organisationen, die sich mit der Asyl- und Ausländerproblematik auseinandersetzen müssen.

Diesen Institutionen bietet der Praxiskommentar Antworten auf die vielfältigen Fragen, die sich im täglichen Umgang mit dem Asylzuständigkeitssystem und insbesondere auch aus dem Minderjährigenschutz und dem Grundsatz der Familienzusammenführung ergeben. Speziell für den deutschen Anwenderbereich konzipiert und unter Einbeziehung der bis dato erfolgten Rechtsprechung deutscher Gerichte zur Dublin III-VO, füllt Ulrich Koehlers Kommentar eine Lücke in der bisherigen Literatur.

2018, 780 S., geb.,
98,– €, 978-3-8305-3807-3
eBook PDF 978-3-8305-2245-4

9 783830 538073

Roman Lehner,
Friederike Wapler (Hrsg.)

Die herausgeforderte Rechtsordnung

Aktuelle Probleme der Flüchtlingspolitik

Mit der sogenannten Flüchtlingskrise wurden enorme Herausforderungen an die Rechtsordnung herangetragen. Zwei Jahre später ziehen die Autorinnen und Autoren dieses Bandes eine erste Bilanz: Wie hat sich die herausgeforderte Rechtsordnung geschlagen? Haben Gesetzgeber und Rechtsanwender adäquate Antworten gefunden? Wurde die Chance genutzt, neben kurzfristigen Reaktionen längerfristige Perspektiven für eine nachhaltige und humanitäre Politik zu entwickeln? Die Beiträge nehmen neben dem Asyl- und Aufenthaltsrecht weitere Gebiete und Perspektiven in den Blick: das Bildungsrecht, das Kinder- und Jugendhilferecht sowie das Familienrecht, das Baurecht, das Europarecht einschließlich des europäischen Verwaltungsrechts und des Grenzschutzregimes sowie Rechtsfragen der Integration. Abgerundet wird das Werk durch die anwaltliche Perspektive, den Blickwinkel aus dem Nachbarland Österreich, eine rechtliche Chronik der Ereignisse ab dem Sommer 2015 und einen rechtspolitischen Ausblick. Der Band gibt einen differenzierten Überblick über die relevanten Rechtsprobleme der aktuellen Flüchtlingspolitik und stellt eine fundierte Analyse bereit.

2018, 376 S., kart.,
51,–€, 978-3-8305-3737-3
eBook PDF 978-3-8305-2990-3
(Recht der Jugend und des Bildungswesens. RdJB-Bücher, Bd. 6)

Burkhard Josef Berkmann (Hrsg.)

Hat religiöses Recht eine Existenzberechtigung in säkularer Gesellschaft?

Religiöses Recht ist immer wieder in Diskussion: Jüdisches Recht bei der Beschneidung, islamisches Recht beim Schächten und katholisches Kirchenrecht bei der Bistums-Finanzverwaltung.
Die Säkularisierung trennte Staat und Religion in der Weise, dass für das Recht der Staat zuständig ist. Können, sollen Religionsgemeinschaften trotzdem ihr eigenes internes Recht haben?
Die Autorinnen und Autoren gehen dieser Frage aus unterschiedlichen geographischen und religiösen Richtungen nach und verbinden die theologischen und religiösrechtlichen Binnenperspektiven mit religionshistorischen, philosophischen, sozialanthropologischen und weltlich-rechtlichen Außenperspektiven. Religionsfreiheit erweist sich dabei als Verbindungsglied, aber auch als Filterinstanz zwischen beiden Bereichen. So zeigt sich, dass die Begründung religiösen Rechts womöglich gerade in einem sich fortentwickelnden Verständnis von Säkularisierung liegt.

i.Vb. 2019, 978-3-8305-3955-1
eBook PDF 978-3-8305-4118-9
(Kirche und Recht – Beihefte, Bd. 1)

Thomas Schüller,
Thomas Neumann (Hrsg.)

Kirchenrecht im Dialog

Tagungsband zur Tagung des Instituts für Kanonisches Recht, 18.–20. Februar 2019, Fulda

Innertheologisch ist das Kirchenrecht als Dialogpartner oft nicht gefragt, vielmehr wird es eher als Grund für den Reformstau in der Kirche angesehen. In der Rechtstheorie ist jedoch unstrittig, dass das Kirchenrecht im Dialog mit der Systematik bezüglich der Legislative und im Dialog mit den praktischen Disziplinen im Rahmen der Rechtsapplikation steht. Dieser Band möchte den innertheologischen Dialog nach außen tragen und für die Theologie wie für die anderen Geisteswissenschaften fruchtbar machen.

In vier Panels wollen die Autoren zum methodologischen und epistemologischen Austausch anregen: Panel I behandelt die Ambivalenz zwischen Kontingenz und kirchlicher Tradition; Panel II setzt sich mit den Prinzipien der Partikularität und Globalität auseinander; Panel III vertieft die Frage der Abhängigkeit zwischen religiösem und säkularem Recht und Panel IV reflektiert die Effektivität der säkularen und religiösen Strafzwecke.

i.Vb. 2019, 978-3-8305-3946-9
eBook PDF 978-3-8305-4105-9
(Kirche und Recht – Beihefte, Bd. 2)

9 783830 539469

Kirche und Recht – Beihefte

Neben der 1995 gegründeten Zeitschrift „Kirche und Recht“ haben Herausgeber und Verlag eine neue Schriftenreihe etabliert: „Kirche und Recht – Beihefte“.

Die Beihefte decken das gesamte thematische Spektrum im Bereich von Recht und Religion ab. Während die Zeitschrift einen besonderen Wert auf aktuelle, praxisrelevante Beiträge legt, sind die Beihefte als in sich geschlossene Themenhefte konzipiert. Sie erscheinen in loser Reihe und stehen in Verantwortung des Herausgebers des einzelnen Bandes.

Die Beihefte zu „Kirche und Recht“ bieten Raum für Tagungsbände, Festschriften und andere Sammelbände, aber auch für Einzelschriften.

DIE HERAUSGEBER

Jörg Antoine
Bernd Th. Dröß ler
Katrin Gerdsmeier
Burkhard Kämper
Jörg Kruttschnitt
Evelyne D. Menges
Arno Schilberg
Gernot Sydow

ISSN Print 2628-9520
ISSN Online 2628-9535

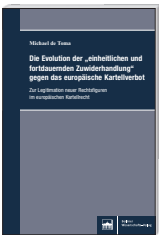
Michael de Toma

Die Evolution der „einheitlichen und fortdauernden Zuwiderhandlung“ gegen das europäische Kartellverbot

Zur Legitimation neuer Rechtsfiguren im europäischen Kartellrecht

Welchen Beitrag können zentrale rechtsstaatliche Gewährleistungen zur Legitimation neuer Rechtsfiguren im europäischen Kartellrecht leisten? Michael de Toma identifiziert die Pflicht der EU-Kommission, ihre Entscheidungen zu begründen, als herausragendes Legitimationswerkzeug und formuliert konkrete Anforderungen an eine „gute Begründung“. Anhand der durch die EU-Kommission in ihrer Polypropylen-Entscheidung entwickelten Rechtsfigur der „einheitlichen und fortdauernden Zuwiderhandlung“ zeigt er beispielhaft das Legitimitäts- und Akzeptanzbedürfnis neuartiger Rechtsfiguren im EU-Kartellrecht auf: De Toma setzt 103 Bußgeldentscheidungen der EU-Kommission, in denen die Rechtsfigur bis zum 31.12.2015 zur Anwendung kam, mithilfe der Methodik der „Evolutionären Rechtstheorie“ in Zusammenhang und identifiziert so besonders legitimationsbedürftige Entscheidungen. Im Ergebnis stellt er fest, dass die EU-Kommission das Legitimationspotential der Begründungspflicht nicht ausschöpft und dies die rechtsstaatliche Weiterentwicklung des europäischen Kartellrechts gefährdet.

2019, 323 S., 6 s/w Tab., kart.,
54,– €, 978-3-8305-3929-2
eBook PDF 978-3-8305-4092-2



Frederic Peine

Der Anlegerkommanditist

Aufgrund der Erfahrungen der Finanzmarktkrise 2007/2008 sah sich die Europäische Union veranlasst, die Investmentfonds-Branche einem strikteren Regelwerk zu unterwerfen. Dies führte zum deutschen Kapitalanlagegesetzbuch und damit zu einer neuen Gesellschaftsform für Investmentfonds – der Investmentkommanditgesellschaft. Die traditionell genutzten Formen der KG und der Publikums-KG wurden damit für Investmentfonds ausgeschlossen. Ausgehend von den bisherigen Gesellschaftsformen stellt Frederic Peine den Anlegerschutz für die verschiedenen Phasen einer Beteiligung an einem solchen Fonds dar: Kaufentscheidung, Halten und anschließendes Verkaufen der Fondsanteile sowie Insolvenz der Gesellschaft. Daran schließt sich die Untersuchung des Schutzes des Investors der nunmehr etablierten Investment-KG für die verschiedenen Stadien an, wobei der Autor der Frage nachgeht, inwieweit der gesetzgeberische Auftrag erfüllt und die Position des Anlegers verbessert wurde. Dabei arbeitet Frederic Peine Kritikpunkte heraus und gibt Verbesserungsvorschläge de lege ferenda ab.

2018, 179 S., kart.,
35,– €, 978-3-8305-3926-1
eBook PDF 978-3-8305-4089-2
(Pro Universitate Verlag im BWV)

Tim Leverentz

Insiderrechtliche Grenzen der Absprachen von Strategie- und Finanzinvestoren im Vorfeld von Unternehmensübernahmen

Tim Leverentz untersucht, inwieweit kapitalmarktrechtliche Absprachestrategien – insbesondere im Hinblick auf die neuen europäischen Insiderverbote – rechtmäßig durchführbar sein können. Anlass ist die seit dem 03. Juli 2016 in allen Mitgliedstaaten geltende Marktmissbrauchsverordnung (Market Abuse Regulation – MAR), die im Wege der Vollharmonisierung ein europaweit einheitliches Kapitalmarktrecht statuiert. Der Autor gibt einleitend einen umfassenden Überblick über die Regelungsmaterie der Marktmissbrauchsverordnung und stellt dabei detailliert die neuartige Konzeption der europäischen Insiderverbote dar. Daran schließt sich die Untersuchung des nunmehr eingeführten Instrumentes der Marktsondierung sowie der bislang gesetzlich nicht geregelten Marktpraxis des Warehousing an: Leverentz geht der Frage nach, wie diese Absprachestrategien vor dem Hintergrund der Marktmissbrauchsverordnung insiderrechtlich zu bewerten sind. Er zeigt sowohl Tangierungen mit den Insiderverboten als auch Handlungsmöglichkeiten für beteiligte Marktteilnehmer auf.

2019, 191 S., kart.,
40,– €, 978-3-8305-3931-5
eBook PDF 978-3-8305-4094-6

WIRTSCHAFTSRECHT

Brunhilde Steckler, Arthur Felk

Markenpiraterie im Kontext des Gewerblichen Rechtsschutzes

Das Thema „Markenpiraterie“ ist im Markenrecht anzusiedeln und schließt Aspekte des Nachahmungsschutzes im Design- und Lauterkeitsrecht ein, wenn eine gute unternehmerische Strategie zur Risikominimierung verfolgt wird.
Die an der Fachhochschule Bielefeld erstellte Studie zur Markenpiraterie umfasst quantitative und qualitative Recherchen von Markenrechtsverletzungen in der Praxis und gibt einen Einblick in die Erfahrungen der Unternehmen und Verbraucher.
Dieses Buch vermittelt grundlegende Kenntnisse im Marken- und Kennzeichenrecht und zeigt, dass der Markenrechtsschutz im Einzelfall durch den Designschutz und den lauterkeitsrechtlichen Nachahmungsschutz ergänzt werden kann. Zudem werden geeignete administrative, rechtliche, technische und organisatorische Maßnahmen vorgeschlagen, welche den Markenschutz flankieren, um die Werbe- und Qualitätsfunktion der Marke zu erhalten und ihren Wert weiter auszubauen.
Der Anhang enthält eine Checkliste zur Risikominimierung der Markenpiraterie.

2018, 201 S., 24 s/w Abb., kart.,
45,– €, 978-3-8305-3842-4
eBook PDF 978-3-8305-4006-9

Brunhilde Steckler (Hrsg.)

Einzelaspekte rechtswissenschaftlicher Begleitforschung für Projekte der Mensch-Technik-Interaktion

Der Tagungsband zum Symposium „Mensch-Technik-Interaktion“ umfasst Beiträge aus der juristischen Begleitforschung zu technischen Assistenzsystemen für den Menschen.
Brunhilde Steckler betrachtet die Vielfalt rechtlicher Aspekte im Projekt „KOMPASS – Sozial kooperative virtuelle Assistenten als Tagesbegleiter für Menschen mit Unterstützungsbedarf“. Christian Burkert widmet sich der praktischen Umsetzung von „Privacy-by-Design in der Produktentwicklung“. Beatrix Weber erörtert das „Legal Process Modeling am Beispiel von Privacy by Design“. Iris Kirchner-Freis widmet sich dem Thema „Datenschutz bei Gesundheitsdaten am Beispiel des Projekts Adaptify“. Thilo Weichert untersucht „Sensorik, automatische Entscheidungen und Persönlichkeitsschutz“. Wolfgang Schild befasst sich mit rechtlichen „Fragen der Einwilligung vulnerabler Personengruppen“. Arthur Felk stellt abschließend den offenen Dialog der über 90 Tagungsteilnehmer zu den Rechtsaspekten aus Projekten der Mensch-Technik-Interaktion vor.

2019, 32 s/w Abb., kart.,
47,– €, 978-3-8305-3851-6
eBook PDF 978-3-8305-4021-2

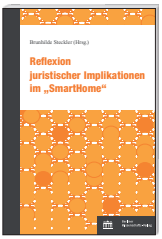
TECHNIKRECHT

Brunhilde Steckler (Hrsg.)

Reflexion juristischer Implikationen im „SmartHome“

Intelligente Wohnumgebungen erfordern einen angemessenen Rechtsrahmen für die Nutzung „smarter“ Produkte und Dienstleistungen. Die Digitalisierung ermöglicht die Unterstützung individueller Bedürfnisse des Menschen durch wahrnehmungs- und lernfähige Technik. Dabei muss das Selbstbestimmungsrecht der Nutzer gewahrt werden.
Im Projekt „KogniHome – die mitdenkende Wohnung“ hat ein Konsortium von Partnern aus Unternehmen, Hochschulen und gemeinnützigen Einrichtungen vielfältige interdisziplinäre Expertise gebündelt, um Visionen des Wohnens der Zukunft in den Blick zu nehmen. Die Projektpartner haben zudem auch ethische, juristische, soziale und sicherheitstechnische Implikationen der vernetzten Wohnung diskutiert.
Die vorliegende Dokumentation der rechtswissenschaftlichen Begleitforschung reflektiert persönlichkeits- und datenschutzrechtliche Aspekte, vertragliche und deliktische Haftungsfragen, Verwertungsszenarien und neue Formen der Vertragsgestaltung für das Wohnen in einem „SmartHome“.

i.Vb. 2019, 978-3-8305-3850-9
eBook PDF 978-3-8305-4020-5



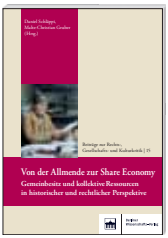
Daniel Schläppi,
Malte-Christian Gruber (Hrsg.)

Von der Allmende zur Share Economy

Gemeinbesitz und kollektive Ressourcen in historischer und rechtlicher Perspektive

Bei *Share Economy* denkt heute kaum jemand mehr an Kärrnerarbeit, die Mühsal und das tagtägliche Kleinklein, die für den nachhaltigen Betrieb teilwirtschaftlicher Unternehmen oder Kooperativen nötig sind. Viel beliebter erscheint der Gedanke an eine digitale Allmende. Wer dieser Vorstellung die sozialen, kulturellen und physischen Gegebenheiten gegenüberstellt, die der Reallokation von Sachgütern und anderen Wertigkeiten eingeschrieben sind, stößt auf ihre kritischen Punkte. Politische Praxis, Management, Kollaborationsbereitschaft, Zugang zu Ressourcen, Solidarität und Verlässlichkeit unter den Beteiligten fallen nicht vom Himmel. Sie müssen täglich neu erarbeitet, gepflegt und konsolidiert werden.
Um die damit verbundenen Schwierigkeiten verorten und verstehen zu können, bedarf es zusätzlicher, interdisziplinär angelegter Betrachtungen und Vergleiche zwischen Vergangenheit und Gegenwart. So versammelt das Buch Beiträge zu neuartigen Phänomenen kollektiven Wirtschaftens aus dem ökonomie-, kultur- und rechtsgeschichtlichen Bereich sowie aus rechts-, kunst- und betriebswissenschaftlicher Perspektive.

2018, 311 S., 5 farb. Abb., 1 s/w Tab.,
kart., 49,– €, 978-3-8305-3833-2
eBook PDF 978-3-8305-2993-4
(Beiträge zur Rechts-, Gesellschafts- und Kulturkritik, Bd. 15)



Malte-Christian Gruber,
Sabine Müller (Hrsg.)

Letzte Worte, letzter Wille

Nachwirkungen und Nachwelten

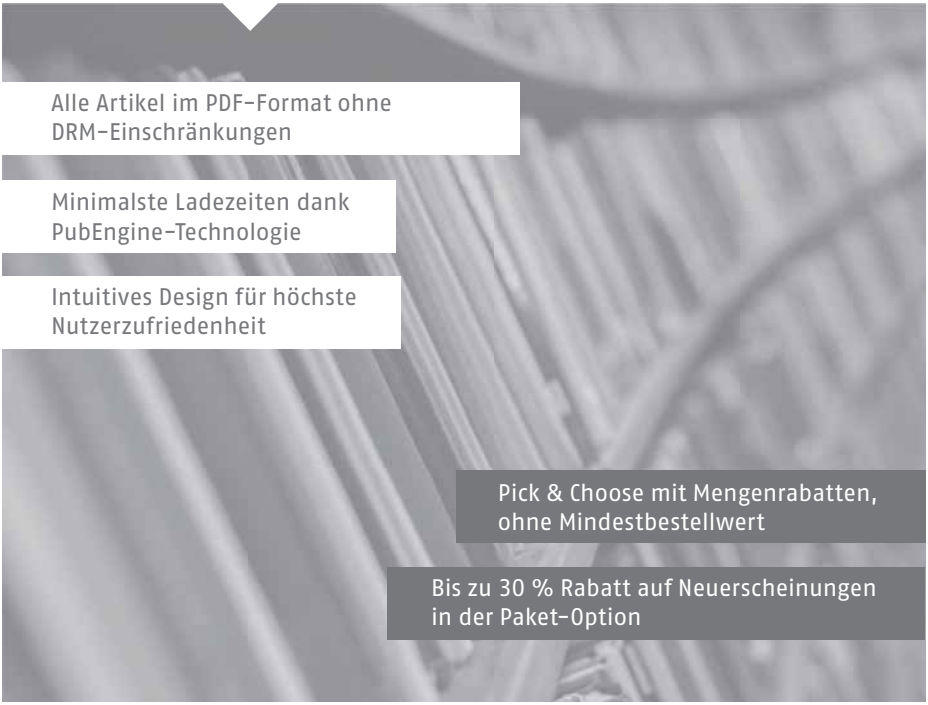
Letzte Worte binden seltener die Person, die damit ihren „letzten" Willen erklärt, sondern vor allem diejenigen, denen eine letztwillige Verfügung gilt. Daneben bergen sie die Möglichkeit, Selbstbindungen über den Tod hinaus zu erzeugen, womöglich sogar postmortale Identitäten zu generieren. Das „Gedächtnis des Willens" besteht demnach nicht nur aus Versprechen und Verpflichtungen, sondern begründet vielmehr Verantwortung. Die Überwindung der eigenen Vergänglichkeit ist nicht bloß ein kulturspezifisches Desiderat, sondern darüber hinaus ein geradezu universeller Menschheitstraum.
Letzte Worte und letzter Wille müssen jedoch nicht unbedingt an die Bedingung des Todes geknüpft sein. Auch der Angeklagte, dem im Strafprozess das „letzte Wort" gebührt, lebt heute natürlich weiter – wenngleich unter einem nachfolgenden Diktum, das für ihn und andere bindend ist. Die Autorinnen und Autoren des Bandes widmen sich dem Thema anhand unterschiedlicher Beispiele aus dem juristischen, rezeptionsgeschichtlichen, rechtshistorischen, althistorischen, literaturwissenschaftlichen und kunstgeschichtlichen Bereich.

2018, 159 S., 2 s/w Abb., 6 s/w Fotos,
kart., 34,– €, 978-3-8305-3814-1
eBook PDF 978-3-8305-2252-2
(Beiträge zur Rechts-, Gesellschafts- und Kulturkritik, Bd. 14)

Berliner Wissenschafts-Verlag eLibrary

Das E-Book-Angebot 2019

Die eLibrary bietet Nutzerinnen und Nutzern einen intuitiven Zugang zum E-Book-Programm des Berliner Wissenschafts-Verlags – und das auf höchstem technischem Niveau. Auch in diesem Jahr entwickeln wir das digitale Angebot für Sie weiter. Überzeugen Sie sich von unserer eJournal- und eBook-Lösung für Ihre Bibliothek – zu besonders attraktiven Konditionen!



Machen Sie sich selbst ein Bild unter elibrary.bwv-verlag.de

Für ein individuelles Angebot steht Ihnen Paul Osborn gerne zur Verfügung.
Tel.: +49 (0)30 54880853 | Mobil: +49 (0)1703229373
E-Mail: osborn@bwv-verlag.de

Für alle Fragen rund um die Bestell-Abwicklung steht Ihnen Paul Anrather gerne zur Verfügung.
Tel.: +49 (0)30 841770-0 | E-Mail: vertrieb@bwv-verlag.de

Achenbach, Hans 27
Albrecht, Peter-Alexis 3
Allenhöfer, Anke 16
Antoine, Jörg 39
Aranda Aliaga, Pablo 27

Baller, Oesten 20
Bazzani, Tania 23

Beringmeier, Miriam 35
Birke, Rainer 17
Brandt, Edmund 8,9, 28, 30, 34
Bukor, Benjamin 14

de Toma, Michael 40
Deckers, Rüdiger 26
Deppe, Marco 8
Drößler, Bernd Th. 39

Felk, Arthur 41
Fisahn, Andreas 6
Friedery, Réka 36
Funke, Andreas 19

Gawron, Thomas 10
Gerdsmeier, Karin 39
Geßner, Janko 30
Gruber, Malte-Christian 43

Hagebölling, Henriette 34
Hagebölling, Lothar 32, 33
Harrer, Friedrich 11
Hehn, Marcus 7
Heinke, Michael 18
Heinsch, Robert 36
Heintze, Hans-Joachim 36
Hofmann, Laura 36

Josipovic, Neven 29, 31, 33

Kämper, Burkhard 39
Köhler, Ulrich 37
Köhnken, Günter 26
Kolakowski, Uwe 11
Kracht, Stefan 7
Kreikebohm, Ralf 11
Kreikebohm, Wibke 10
Kruttschnitt, Jörg 39
Küpper, Herbert 17
Kurz, Achim 6
Kutscha, Martin 6

Lehner, Roman 38
Leverentz, Tim 41
Lieber, Hasso 12, 13
Lohse, Ina 5

Manca, Luigino 36
Manzel, Martin 21
Maus, Wolfgang 7
Menges, Evelyne D. 39
Müller, Sabine 43

Neumann, Thomas 39
Nolden, Frank 6

Oelfke, Christian 35
Ott, Konrad 29

Paulus, Christoph G. 15
Peine, Frederic 40
Pfaffendorf, Rüdiger 25
Pröpstl, Thomas 35

Raasch, Holger 35
Rade, Phyllis 15
Reiber, Svenja 11
Reinhardt, Katharina 24
Rieks, David 25
Rodewald, Jürgen 11
Roßkopf, Ralf 36

Scharfe, Matthias 21
Schillberg, Arno 39
Schläppi, Daniel 43
Schmidt, Lara 32
Schmidt-Jortzig, Edzard 14
Schmuck, Sebastian 6
Schröder, Christian 27
Schüller, Thomas 39
Schweizer, Adrian 7
Sens, Ursula 12, 13
Singer, Reinhard 23
Smeddinck, Ulrich 28, 29
Steckler, Brunhilde 41, 42
Stockebrandt, Patrick 16
Sydow, Gernot 39

Thielbörger, Pierre 36

Umbach, Dieter C. 14
Unruh, Georg-Christoph von 14
Unruh, Werner von 14

Wagner, Niklas 35
Wagner-Kern, Michael 4
Wapler, Friederike 38
Wedde, Rainer 17
Wiedenfels, Uta 5
Wimmer, Maximilian 19

Zuckerman, Krasimira 24

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Warenlieferungen/Online-Produkte

1. VORBEMERKUNG

1.1 Diese Geschäftsbedingungen gelten für sämtliche Warenlieferungen/Online-Produkte (Bücher, Zeitschriften, Loseblattwerke, Ergänzungslieferungen, Tabellen, Broschüren, CD-ROM und DVD u. ä.) Ihres Vertragspartners, der Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH.
1.2 Abweichende Bedingungen bedürfen zu ihrer Geltung der ausdrücklichen Zustimmung.
1.3 Die für den Vertragsschluss zur Verfügung stehende Sprache ist ausschließlich Deutsch. Übersetzungen dieser Geschäftsbedingungen in andere Sprachen dienen lediglich zu Ihrer Information. Bei etwaigen Unterschieden zwischen den Sprachfassungen hat der deutsche Text Vorrang.
1.4 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts, wenn
(a) Sie Ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, oder
(b) Ihr gewöhnlicher Aufenthalt in einem Staat ist, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist.
Für den Fall, dass Sie Ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedsland der Europäischen Union haben, gilt ebenfalls die Anwendbarkeit des deutschen Rechts, wobei zwingende Bestimmungen des Staates, in dem Sie Ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, unberührt bleiben.

2. VERTRAGSSCHLUSS

2.1 Bei einer Bestellung schließen Sie den Vertrag mit der Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, Markgrafenstraße 12–14, 10969 Berlin, Telefon: 030 84 17 70 0, Telefax: 030 84 17 70 21, E-Mail: bwv@bwv-verlag.de, Umsatzsteuer-ID: DE136766998, Handelsregister: Registergericht Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Registernummer HRB 32 640, vertretungsberechtigte Geschäftsführer: Dr. Christian Rotta, Dr. Benjamin Wessinger und André Caro.
2.2 Die Präsentation unserer Waren stellt kein bindendes Angebot unsererseits dar. Erst die Bestellung einer Ware durch Sie ist ein bindendes Angebot nach § 145 BGB. Sie werden über den Eingang Ihrer Bestellung, bei telefonischer Bestellung telefonisch und bei schriftlicher Bestellung jeweils schriftlich informiert. Der Kaufvertrag kommt dadurch zustande, dass wir das in Ihrer Bestellung liegende Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages durch eine Auftragsbestätigung oder durch die Lieferung der Ware an Sie annehmen.
2.3 Ihre elektronische Bestellung wird ausgelöst, indem Sie den Button „Zahlungspflichtig bestellen“ anklicken. Mit der Bestellung erklären Sie verbindlich, die Ware erwerben zu wollen. Den Bestellvorgang leiten Sie ein, indem Sie den Button „Zur Kasse“ anklicken. Ihre Angaben werden dann noch einmal angezeigt, damit Sie Änderungswünsche ausführen oder mögliche Eingabefehler korrigieren können. Durch Anklicken des Buttons „Zahlungspflichtig bestellen“ wird Ihre Bestellung ausgelöst und an uns weitergeleitet. Mit Ihrer Bestellung erklären Sie verbindlich, die Ware erwerben zu wollen. Sie werden über den Eingang Ihrer Bestellung umgehend per E-Mail informiert. Bitte beachten Sie, dass diese E-Mail nur der Bestätigung des Eingangs Ihrer Bestellung dient und noch keine Annahme Ihres Angebotes auf Abschluss eines Kaufvertrages darstellt. Der Kaufvertrag kommt dadurch zustande, dass wir das in Ihrer Bestellung liegende Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages durch die Lieferung der Ware annehmen.
2.4 Alle Loseblattwerke und Softwareprogramme sind bis zum Liefertermin aktualisiert. Damit Loseblattwerke oder Software stets aktuell bleiben, nehmen Sie am vertragsgemäßen Aktualisierungs-Service teil, sofern Sie nichts anderes angeben.
2.5 Im Rahmen des Bestellprozesses legen Sie zunächst die gewünschten Waren oder Dienstleistungen in den Warenkorb. Dort können Sie jederzeit die gewünschte Stückzahl ändern oder ausgewählte Waren oder Dienstleistungen ganz entfernen. Sofern Sie Waren oder Dienstleistungen dort hinterlegt haben, gelangen Sie jeweils durch Klicks auf die „Weiter“-Buttons zunächst auf eine Seite, auf der Sie Ihre Daten eingeben und anschließend die Versand- und Bezahlart auswählen können. Schließlich öffnet sich eine Übersichtsseite, auf der Sie Ihre Angaben überprüfen können. Ihre Eingabefehler (z. B. bzgl. Bezahlart, Daten oder der gewünschten Stückzahl) können Sie korrigieren, indem Sie bei dem jeweiligen Feld auf „Bearbeiten“ klicken. Falls Sie den Bestellprozess komplett abbrechen möchten, können Sie auch einfach Ihr Browser-Fenster schließen. Ansonsten wird nach Anklicken des Bestätigungs-Buttons „Zahlungspflichtig bestellen“ Ihre Erklärung verbindlich.
2.6 Die Vertragsbestimmungen mit Angaben zu den bestellten Waren und/oder gebuchten Dienstleistungen einschließlich dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen und der Widerrufsbelehrung werden Ihnen per E-Mail mit Annahme des Vertragsangebotes bzw. mit der Benachrichtigung hierüber zugesandt. Eine Speicherung der Vertragsbestimmungen durch uns erfolgt nicht.
2.7 Sie können in unserem Online-Shop Waren oder Dienstleistungen als Gast oder als angemeldeter Benutzer bestellen. Als angemeldeter Benutzer müssen Sie nicht jedes Mal Ihre persönlichen Daten angeben, sondern Sie können sich vor oder im Rahmen einer Bestellung einfach mit Ihrer E-Mail-Adresse und dem von Ihnen bei Registrierung frei gewählten Passwort in Ihrem Kundenkonto anmelden.
Zur Durchführung und Abwicklung einer Bestellung benötigen wir von Ihnen die folgenden Daten:
- Vor- und Nachname
- E-Mail-Adresse
- Postanschrift

Wenn Sie ein Kundenkonto anlegen möchten, benötigen wir von Ihnen die vorgenannten Daten sowie ein von Ihnen frei gewähltes Passwort.
Die von Ihnen mitgeteilten Daten verwenden wir ohne Ihre gesonderte Einwilligung ausschließlich zur Erfüllung und Abwicklung Ihrer Bestellung(en), etwa zur Zustellung von Waren an die von Ihnen angegebene Adresse. Bei der Bezahlung per Überweisung verwenden wir auch Ihre Bankverbindungsdaten zur Zahlungsabwicklung. Eine darüber hinausgehende Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten für Zwecke der Werbung, der Marktforschung oder zur bedarfsgerechten Gestaltung unserer Angebote bedarf Ihrer ausdrücklichen Einwilligung. Sie haben die Möglichkeit, diese Einwilligung vor Erklärung Ihrer Bestellung zu erteilen. Diese Einwilligungserklärung erfolgt völlig freiwillig und kann auf unserer Website abgerufen sowie von Ihnen jederzeit widerrufen werden.
Die von Ihnen mitgeteilten Daten bleiben in Ihrem Kundenkonto so lange gespeichert, bis Sie dieses selbst löschen. Darüber hinaus bzw. in dem Fall, in dem Sie nur als Gast bestellen bzw. buchen, ohne ein Kundenkonto anzulegen, speichern wir Ihre Daten nur im Rahmen unserer steuer- und handelsrechtlichen Pflichten.
Soweit sich Ihre persönlichen Angaben ändern, sind Sie selbst für deren Aktualisierung verantwortlich. Alle Änderungen können online nach Anmeldung unter „Mein Konto“ vorgenommen werden.

3. PREISE

3.1 Unsere Preise verstehen sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer.
3.2 Unsere Preise verstehen sich bei Lieferung in Deutschland zuzüglich der in Ihrer Bestellung ausgewiesenen Versandkosten.
3.3 Beim Auslandsversand wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von EURO 7,95 pro Versandstück berechnet.

4. ZAHLUNGS- UND LIEFERUNGSBEDINGUNGEN

4.1 Sofern nicht anders vereinbart, erfolgt die Lieferung durch unsere Verlagsauslieferung an die von Ihnen angegebene Lieferadresse.
4.2 Die Lieferzeit beträgt in der Regel bis zu 4 Werktage, nachdem wir den Eingang Ihrer Bestellung bestätigt haben.
4.3 Der Kaufpreis ist bei Lieferung gegen Rechnung innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsstellung fällig.
4.4 Sie können den Kaufpreis entweder per Kreditkarte oder mittels Überweisung oder im Lastschriftverfahren bezahlen. Wir benutzen das Übertragungsverfahren „SSL“ zur Verschlüsselung Ihrer persönlichen Daten.
4.5 Für Neukunden besteht eine Höchstgrenze, bis zu welcher der Kauf auf Rechnung möglich ist. Diese Grenze gilt für das gesamte Kundenkonto und berücksichtigt auch noch offene Beträge aus früheren Rechnungsstellungen.
Die Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH behält sich vor, im Einzelfall bestimmte Zahlungsweisen nicht anzubieten.
4.6 Lieferung an eine von Ihnen angegebene Packstation ist nicht gegen offene Rechnung möglich. In diesem Fall muss der Kaufpreis vor der Lieferung per Lastschrift, Vorkasse oder Kreditkarte bezahlt werden.
4.7 Wird das Zahlungsziel überschritten, werden sämtliche offene Forderungen ohne Rücksicht auf vorher eingeräumte Zahlungsziele sofort fällig und wir sind berechtigt, Mahnkosten für die erste Mahnung in Höhe von Euro 1,50, Euro 6,50 für die zweite Mahnung und Euro 26,50 für die dritte Mahnung und Verzugszinsen in banküblicher Höhe zu erheben. Der Zahlungsverzug tritt ohne weitere Mahnung mit der Zielüberschreitung ein.

5. WIDERRUFSRECHT

5.1 Als Verbraucher steht Ihnen nach Maßgabe der im Anhang beigefügten Belehrung ein gesetzliches Widerrufsrecht zu. Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zweck abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (§ 13 BGB).
5.2 Hinsichtlich der Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Widerrufs wird auf die Widerrufsbelehrung außerhalb der AGBs verwiesen.

6. RÜCKSENDEKOSTEN

Die Kosten der Rücksendung der Waren im Falle eines Widerrufs trägt der Besteller.

7. KÜNDIGUNG | MINDESTLAUFZEIT

7.1 Zeitschriftenabonnements gelten unbefristet, sind aber jeweils nach Ablauf von 12 aufeinander folgenden Monaten kündbar. Sie verlängern sich um jeweils weitere 12 Monate, wenn sie nicht bis spätestens 6 Wochen vor Ende der Laufzeit beim Verlag gekündigt werden.
7.2 Etwaige nach der Kündigung noch erhaltene Lieferungen sind zurückzugeben. Gleiches gilt für den Aktualisierungsservice bei Loseblattwerken.

8. EIGENTUMSVORBEHALT

8.1 Wir behalten uns bei allen Lieferungen das uneingeschränkte Eigentum bis zur vollständigen Erfüllung aller Zahlungsverpflichtungen durch den Kunden vor.
8.2 Bei Lieferung an Weiterverkäufer ist dieser zur Weiterveräußerung im ordentlichen Geschäftsgang berechtigt. Er ist grundsätzlich ermächtigt, die Forderungen einzuziehen. Der Weiterverkäufer tritt uns sicherheitshalber alle Forderungen gegen seine Abnehmer in Höhe des Rechnungswertes der Ware ab (verlängerter Eigentumsvorbehalt).

9. GEWÄHRLEISTUNG/HAFTUNG

9.1 Es gilt das gesetzliche Gewährleistungsrecht.
9.2 Für Fragen, Reklamationen und Beanstandungen erreichen Sie unseren Kundenservice telefonisch unter 030 84 17 70 montags bis donnerstags von 8.30 h bis 17.00 h und freitags von 8.30 h bis 15.30 h oder per E-Mail an vertrieb@bwv-verlag.de. Für Kaufleute gelten diesbezüglich §§ 377, 378 HGB.

10. NICHTVERFÜGBARKEIT

Wir behalten uns vor, von einer Ausführung Ihrer Bestellung abzusehen, wenn wir den bestellten Titel nicht vorrätig haben, der nicht vorrätige Titel beim Verlag vergriffen und die bestellte Ware infolgedessen nicht verfügbar ist.
In diesem Fall werden wir Sie unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit informieren und einen gegebenenfalls von Ihnen bereits gezahlten Kaufpreis unverzüglich rückerstatten.

11. DATENSCHUTZ

11.1 Sämtliche von Ihnen mitgeteilten personenbezogenen Daten werden wir ausschließlich gemäß den Bestimmungen der DSGVO sowie der nationalen Gesetze erheben, verarbeiten und speichern.
11.2 Wir nutzen Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich zum Zwecke der Vertragserfüllung und geben Ihre Daten nicht an Dritte weiter, die nicht an der Vertragserfüllung beteiligt sind.
11.3 Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen einer Bestellung ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.
11.4 Bitte lesen Sie auch unsere Datenschutzerklärung.

12. ANWENDBARES RECHT/GERICHTSSTAND

12.1 Soweit der Kunde nicht Verbraucher ist, gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
12.2 Ist der Kunde Kaufmann oder juristische Person des öffentlichen Rechts, ist ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis das für unseren Firmensitz Berlin zuständige Gericht.

13. ONLINE-SHOP-BESTELLUNG

Soweit Sie beim Besuch auf unserer Homepage Ware bestellen, möchten wir Sie auf Folgendes hinweisen:
1. Die für den Vertragsabschluss zur Verfügung stehende Sprache ist ausschließlich Deutsch.
2. Die wesentlichen Merkmale der von uns angebotenen Waren sowie die Gültigkeitsdauer befristeter Angebote entnehmen Sie bitte den einzelnen Produktbeschreibungen im Rahmen unseres Internetangebotes.
3. Die Präsentation unserer Waren stellt kein bindendes Angebot unsererseits dar. Erst die Bestellung einer Ware durch Sie ist ein bindendes Angebot nach § 145 BGB. Sie werden über den Eingang Ihrer Bestellung umgehend per E-Mail informiert. Die Eingangsbestätigung erfolgt sofort und automatisch und stellt keine Vertragsannahme dar. Der Kaufvertrag kommt dadurch zustande, dass wir das in Ihrer Bestellung liegende Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages durch die Lieferung der Ware

annehmen. Die Lieferung der Ware erfolgt innerhalb von 4 Werktagen, nachdem Ihre Bestellung bestätigt wurde, vorausgesetzt die Ware ist verfügbar.
4. Sollte die von Ihnen bestellte Ware nicht verfügbar sein, behalten wir uns vor, die Leistung nicht zu erbringen. In diesem Fall werden wir Sie unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit informieren und einen ggf. bereits bezahlten Kaufpreis unverzüglich zurückerstatten.
5. Etwaige Eingabefehler bei Abgabe Ihrer Bestellung können Sie bei der abschließenden Bestätigung vor der Kasse erkennen und mit Hilfe der Lösch- und Änderungsfunktion vor Absendung der Bestellung jederzeit korrigieren.
6. Die von uns angegebenen Preise verstehen sich inklusive Steuern zuzüglich der ggf. ausgewiesenen Versandkosten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.
7. Der Kaufpreis wird 14 Tage nach Rechnungsstellung fällig. Die Zahlung der Ware erfolgt nach Ihrer Wahl per Kreditkarte oder mittels Banküberweisung. Unsere Bankverbindung lautet: Postbank Berlin, IBAN DE39 1001 0010 0028 8751 01, BIC PBNKDEFFXXX
8. Der Vertragstext einschließlich Ihrer Bestellung wird von uns gespeichert und wird Ihnen auf Wunsch zusammen mit unseren Allgemeinen Geschäftsbedingungen zugesandt.

14. SCHLICHTUNGSSTELLE

14.1 Wir weisen Sie darauf hin, dass Sie neben dem ordentlichen Rechtsweg auch die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten gemäß Verordnung (EU) Nr. 524/2013 haben. Einzelheiten dazu finden sich in Verordnung (EU) Nr. 524/2013 und unter der Internetadresse: http://ec.europa.eu/consumers/odr
Unsere E-Mail-Adresse lautet: bwv@bwv-verlag.de
Wir weisen nach § 36 VSBG darauf hin, dass wir nicht verpflichtet sind, an einem außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.
14.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, so wird hierdurch der Vertrag im Übrigen nicht berührt.

– ENDE DER ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN –

Stand: 01.01.2019

Widerrufsbelehrung bei der Bestellung von gedruckten Büchern und anderen körperlichen Waren

Verbrauchern steht ein gesetzliches Widerrufsrecht zu. Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können (§ 13 BGB).

WIDERRUFSBELEHRUNG

WIDERRUFSRECHT

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag, an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, die letzte Ware in Besitz genommen haben bzw. hat.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns

Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
vertreten durch die Geschäftsführer: Dr. Christian Rotta, Dr. Benjamin Wessinger und André Caro
Markgrafenstraße 12–14
10969 Berlin
Tel.: +49 30 84 17 70 0
Fax: +49 30 84 17 70 21
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Die Rücksendung ist zu richten an:

Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
Markgrafenstraße 12–14
10969 Berlin

FOLGEN DES WIDERRUFS

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.
Wir können die Rückzahlung verweigern, bis wir die Waren wieder zurückerhalten haben oder bis Sie den Nachweis erbracht haben, dass Sie die Waren zurückgesandt haben, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist.
Sie haben die Waren unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrags unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden. Wir tragen die Kosten der Rücksendung der Waren.
Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit ihnen zurückzuführen ist.

– Ende der gesetzlichen Widerrufsbelehrung –

AUSSCHLUSS BZW. VORZEITIGES ERLÖSCHEN DES WIDERRUFSRECHTS:

Ein Widerrufsrecht besteht nicht bei Lieferungen von Ton- oder Videoaufnahmen (z.B. CD, Musik- oder Videokassetten) oder von Computersoftware in einer versiegelten Verpackung, wenn die Versiegelung nach der Lieferung entfernt wurde.
Ein Widerrufsrecht besteht ferner nicht bei Waren, die nicht vorgefertigt sind und für deren Herstellung eine individuelle Auswahl oder Bestimmung durch den Verbraucher maßgeblich ist oder die eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse des Verbrauchers zugeschnitten sind.
Ein Widerrufsrecht besteht außerdem nicht bei Verträgen zur Lieferung von Zeitungen, Zeitschriften oder Illustrierten mit Ausnahme von Abonnement-Verträgen.

WIDERRUFSFORMULAR

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

An:
Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
vertreten durch die Geschäftsführer: Dr. Christian Rotta, Dr. Benjamin Wessinger und André Caro
Markgrafenstraße 12–14
10969 Berlin
Fax: +49 30 84 17 70 21
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*)/ die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*):

.....

Bestellt am (*) / erhalten am (*):

.....

Name des/der Verbraucher(s):

.....

Anschrift des/der Verbraucher(s):

.....

Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier): Datum:

.....

(*) Unzutreffendes streichen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich*

..... Ex. ..... ISBN 978-3-8305- ..... je ..... €

..... Ex. ..... ISBN 978-3-8305- ..... je ..... €

..... Ex. ..... ISBN 978-3-8305- ..... je ..... €

..... Ex. ..... ISBN 978-3-8305- ..... je ..... €

Sie haben auch die Möglichkeit, Titel aus unserem Verlagsprogramm über unseren Onlineshop zu bestellen; E-Books sind ausschließlich dort erhältlich: www.bwv-verlag.de.

ZAHLUNGSART

☐ Rechnung
(Innerhalb Deutschlands liegt die Rechnung der Lieferung bei. Lieferung ins Ausland gegen Vorabrechnung.)

☐ SEPA-Lastschrift

Ich/Wir ermächtige(n) die Berliner-Wissenschafts-Verlag GmbH, Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen:**

.....
Kontoinhaber (Name, Vorname)

.....
Anschrift (falls abweichend)

.....

.....
IBAN

.....
BIC

** Es gelten die unter https://www.bwv-verlag.de/wb/?node=texte.sepa aufgeführten Konditionen. Gläubiger-Identifikationsnummer: DE89ZZZ00000672614.

.....
Datum | 1. Unterschrift

ABSENDER

.....
Name Vorname

.....
Institution

.....
Straße Hausnr. | Zusatz

.....
Postleitzahl Ort

.....
E-Mail

* Preise inkl. MwSt. [D], sofern nicht anders angegeben. Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten. Lieferung versandkostenfrei in Deutschland; ins Ausland zzgl. Versandkostenpauschale von 7,95 € pro Versandstück. E-Books zum Download erhältlich unter www.bwv-verlag.de. Wir sind berechtigt, Ihnen Informationen über Waren und Dienstleistungen, die den von Ihnen in Anspruch genommenen ähneln, zuzusenden. Dieser Verwendung können Sie jederzeit per E-Mail an newsletter@bwv-verlag.de widersprechen, ohne dass Ihnen andere Kosten als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen entstehen.
Als Verbraucher haben Sie das Recht, diesen Vertrag ohne Angabe von Gründen binnen 14 Tagen ab Erhalt der Ware zu widerrufen. Die Kosten der Rücksendung trägt der Verlag. Aktualisierungslieferungen werden automatisch vorgemerkt und nach Erscheinen berechnet und geliefert. Diese Fortsetzungen können jederzeit abbestellt werden. Ein Widerrufsrecht für elektronische Datenträger besteht nicht, wenn die Versiegelung der Verpackung entfernt wurde. Sämtliche Informationen zu Ihrem gesetzlichen Widerrufsrecht, unseren AGB und Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter www.bwv-verlag.de. Gerne senden wir Ihnen diese Informationen auf Ihren Wunsch zu. Bitte rufen Sie uns an unter Tel. 030-84 17 70-0.

.....
Datum | 2. Unterschrift

BESTELLINFORMATIONEN

Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
Markgrafenstraße 12–14
10969 Berlin

Tel. 030 84 17 70–0
Fax 030 84 17 70–21
vertrieb@bwv-verlag.de
www.bwv-verlag.de

VN: 10520
UST-IDNr.: DE 136 766 998

Auslieferung
Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4
94065 Waldkirchen

Tel. 08581 9605–0
Fax 08581 754
info@suedost-service.de

Abonnieren Sie unseren monatlichen Newsletter mit aktuellen Veröffentlichungen, interessanten Veranstaltungen und Neuigkeiten von unseren Autoren:
https://www.bwv-verlag.de/newsletter

Über die Produkte unserer Schwesterverlage

- Franz Steiner Verlag
- Hirzel Verlag
- Deutscher Apotheker Verlag
- Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft Stuttgart

informieren Sie gesonderte Kataloge, die wir Ihnen gerne zusenden.

Redaktionsschluss: 15.07.2019
Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten.

Vernetzen Sie sich mit uns!

OSTEUROPA | NORDEUROPA

BERLIN | BRANDENBURG | PREUSSEN

RECHT

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

POLITIKWISSENSCHAFT

GESCHICHTE

WIRTSCHAFT

WISSENSCHAFT | BILDUNG

KULTURWISSENSCHAFT

www.bwv-verlag.de
bwv@bwv-verlag.de
Telefon: 030 84 17 70-0
Telefax: 030 84 17 70-21